

# Deutscher Bundestag

## Stenographischer Bericht

### 16. Sitzung

Bonn, Freitag, den 27. Januar 1995

#### Inhalt:

#### Tagesordnungspunkt 14 f:

Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses: **Sammelübersicht 1 zu Petitionen** (Drucksache 13/250) . . . . . 1007 B

#### Tagesordnungspunkt 11:

Antrag der Abgeordneten Halo Saibold, Albert Schmidt (Hitzhofen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Durchführung eines Baugenehmigungsverfahrens und einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das im Bau befindliche Atomkraftwerk Temelin in der Republik Tschechien unter rechts-erheblicher Beteiligung bundesdeutscher Bürgerinnen und Bürger** (Drucksache 13/106)

#### Zusatztagesordnungspunkt 9:

Antrag der Abgeordneten Ursula Schönberger, Helmut Lippelt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Nichtbewilligung des EBRD-Kredites für den Weiterbau des Atomkraftwerks Mochovce/Slowakei** (Drucksache 13/309)

#### Zusatztagesordnungspunkt 10:

Antrag der Fraktion der SPD: **Durchführung von Sicherheits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen für die im Bau befindlichen Atomkraftwerke Temelin in der Republik Tschechien und Mochovce in der Slowakischen Republik** (Drucksache 13/310)

Halo Saibold BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1007 D

Dr. Angela Merkel, Bundesministerin  
BMU . . . . . 1008 D

Dr. Jürgen Rochlitz BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN . . . . . 1009 D

Halo Saibold BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN . . . . . 1010 D, 1015 A

Wolfgang Behrendt SPD . . . . . 1011 C

Dr. Rainer Ortleb F.D.P. . . . . . 1013 B

Kurt-Dieter Grill CDU/CSU . . . . . 1014 D

Horst Kubatschka SPD . . . . . 1018 A

Dr. Rainer Ortleb F.D.P. . . . . . 1018 D

Michael Müller (Düsseldorf, SPD . . . . . 1019 B

Kurt-Dieter Grill CDU/CSU . . . . . 1019 C

Ursula Schönberger BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN . . . . . 1021 B

#### Tagesordnungspunkt 10:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus** (Drucksache 12/7895)

Dr. Heinrich L. Kolb, Parl. Staatssekretär  
BMW . . . . . 1022 C

Susanne Kastner SPD . . . . . 1024 B

Dr. Rolf Olderog CDU/CSU . . . . . 1027 B

Halo Saibold BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1029 A

Klaus Brähmig CDU/CSU . . . . . 1031 A

Dr. Olaf Feldmann F.D.P. . . . . . 1032 B

Jann-Peter Janssen SPD . . . . . 1034 B

Dr. Gerd Müller CDU/CSU . . . . . 1036 A

**Tagesordnungspunkt 12:**

- a) Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Steffen Tippach und der weiteren Abgeordneten der PDS: **Unbefristeter Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden** (Drucksache 13/211)
- b) Antrag der Abgeordneten Cem Özdemir, Christa Nickels und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden** (Drucksache 13/217)

c) Antrag der Fraktion der SPD: **Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden** (Drucksache 13/311) . . . . . 1038 A

Nächste Sitzung . . . . . 1038 C

**Anlage 1**

Liste der entschuldigten Abgeordneten . . . . . 1039\* A

**Anlage 2**

Amtliche Mitteilung . . . . . 1039\* D

(A)

(C)

## 16. Sitzung

Bonn, Freitag, den 27. Januar 1995

Beginn: 9.00 Uhr

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Zunächst einen freundlichen guten Morgen!

Ich eröffne die Sitzung.

Ich teile Ihnen mit, daß interfraktionell vereinbart ist, die gestern abgesetzte Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 13/250 heute wieder auf die **Tagesordnung** zu setzen. Über die laufenden Nr. 1 bis 423 und 426 bis 491 soll anschließend ohne Aussprache abgestimmt werden. Die laufenden Nr. 424 und 425, Eingaben zum Lärmschutz, sollen an den Petitionsausschuß zurückverwiesen werden. Sind Sie mit dieser interfraktionellen Vereinbarung einverstanden? – Davon gehe ich aus. Dann machen wir das so.

(B)

Demgemäß rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 14f auf:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

### Sammelübersicht 1 zu Petitionen

– Drucksache 13/250 –

Wir kommen zur Abstimmung über die laufenden Nr. 1 bis 423 und 426 bis 491 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 13/250. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die aufgerufenen Nummern bei zwei Enthaltungen angenommen.

Wer stimmt für die Zurückverweisung der laufenden Nr. 424 und 425? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist diese Zurückverweisung einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 sowie die Zusatzpunkte 9 und 10 auf:

11. Beratung des Antrags der Abgeordneten Halo Saibold, Albert Schmidt (Hitzhofen), Gerald Häfner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Durchführung eines Baugenehmigungsverfahrens und einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das im Bau befindliche Atom-**

**kraftwerk Temelin in der Republik Tschechien unter rechtserheblicher Beteiligung bundesdeutscher Bürgerinnen und Bürger**

– Drucksache 13/106 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (federführend)

Auswärtiger Ausschuß

Ausschuß für Wirtschaft

- ZP9 Beratung des Antrags der Abgeordneten Ursula Schönberger, Helmut Lippelt, Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Nichtbewilligung des EBRD-Kredites für den Weiterbau des Atomkraftwerks Mochovce/Slowakei**

(D)

– Drucksache 13/309 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuß (federführend)

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- ZP10 Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

**Durchführung von Sicherheits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen für die im Bau befindlichen Atomkraftwerke Temelin in der Republik Tschechien und Mochovce in der Slowakischen Republik**

– Drucksache 13/310 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (federführend)

Auswärtiger Ausschuß

Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die gemeinsame Aussprache eine Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 10 Minuten erhalten soll. – Kein Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Kollegin Frau Saibold.

**Halo Saibold** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei dem vorliegenden Antrag zum **Atomkraftwerk Temelin** handelt es sich um ein Novum.

**Halo Saibold**

- (A) Auf Grund eines Bündnisgrünen-Antrags im Passauer Kreistag entstand ein Brief des Landrats Dorfner, CSU, den wir als Begründung in unserem Antrag abgedruckt haben. Erfreulicherweise haben sich nicht nur mehrere CSU-Landräte dem Protest gegen das Atomkraftwerk in Temelin angeschlossen, sondern auch einige Landtagsabgeordnete bis hin zu Ministerpräsident Stoiber.

Wenn es ausgerechnet im Atombereich zu einer schwarz-grünen Zusammenarbeit kommt, dann muß es schon um etwas Ungeheuerliches gehen, und das ist in der Tat der Fall. In nur ca. 80 km Luftlinie von der bayerischen Grenze wird seit Mitte der 80er Jahre in Temelin bei Budweis am Bau des bisher größten Atomkraftwerks in **Tschechien** gearbeitet. Es handelt sich dabei um einen **Reaktortyp sowjetischer Bauart**, wie er auch in Stendal in der ehemaligen DDR errichtet werden sollte. In Stendal wurde nach der Wende der Weiterbau des Reaktors eingestellt und die Bauruine zum Abriß freigegeben, weil der damalige Atomminister Töpfer davon überzeugt war, daß mit diesem Reaktortyp auch unter Zuhilfenahme von westlichem Know-how ein westlicher Sicherheitsstandard niemals erreicht werden kann. In Temelin dagegen soll mit Hilfe des US-Konzerns Westinghouse und eines durch die US-amerikanische Ex- und Importbank abgesicherten Kredits in Höhe von 540 Millionen DM der Atomreaktor fertiggestellt werden. Dies wäre weltweit der erste Versuch, ein technisch gänzlich unterschiedliches System in eine bereits fertige und nach Expertenmeinung mangelhafte Bausubstanz einzuarbeiten.

- (B) 1993 hat die Internationale Atomenergiebehörde in Wien in einem Bericht über Temelin 16 gravierende **Fehler** festgestellt, die teilweise im konstruktiven und bereits abgeschlossenen baulichen Bereich liegen. Jeder sieht ein, daß aus einem Trabi selbst mit der besten Technik kein Mercedes gemacht werden kann. Bei einem russischen AKW ist das nicht anders. Wenn die Umweltministerin die Sorgen der Bevölkerung als Panikmache abtut, dann ist dies einfach unverantwortlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach amerikanischer Gesetzgebung dürfte das AKW in Temelin weder genehmigt noch errichtet werden, weil es am Rande einer aktiven Erdbebenbruchlinie liegt. Interessanterweise hat die Europäische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau, die sich an dem AKW in Mochovce beteiligen will, einen **Kredit für Temelin** „aus Gründen der wirtschaftlichen Fragwürdigkeit“ abgelehnt. In Stendal hätte die Nachrüstung etwa 5 Milliarden DM gekostet.

Wir fordern daher – gemeinsam mit vielen CSU-lern – die Bundesregierung auf, sich bei der tschechischen Regierung dafür einzusetzen, daß zumindest ein neues Genehmigungsverfahren samt einer **Umweltverträglichkeitsprüfung** durchgeführt wird, an dem wegen der Grenznahe auch die österreichische und die deutsche Bevölkerung beteiligt werden muß.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch auf Grund eines seit 1990 gültigen bilateralen Regierungsabkommens zwischen Tschechien und der Bundesrepublik, in dem ausdrücklich festgelegt wurde, daß das Atomkraftwerk wie eine **grenznahe Anlage** behandelt werden soll, müßte diese Beteiligung möglich sein. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es uns bereits gelungen ist, im Rahmen einer Anhörung zur Sondermüllverbrennung in Österreich die deutsche Bevölkerung einzubeziehen. Österreich hat dies auch im Hinblick darauf gewährt, daß man natürlich auch in Tschechien auf diese ganzen Verhandlungen Einfluß nehmen will.

Der in unserem Antrag geforderte vorübergehende Baustopp bis zum Abschluß der geforderten Verfahren und der daraus höchstwahrscheinlich resultierende endgültige Baustopp für das Atomkraftwerk in Temelin wäre für Tschechien kein unzumutbarer Nachteil. Selbst in einer Betreiberstudie ist eine Berechnung enthalten, nach der das **Stromsparpotential Tschechiens** auf 3 500 MW beziffert wird. Die Reaktoren in Temelin leisten dagegen nur 2 000 MW.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung und das Land Bayern auf, dem Nachbarland unverzüglich technische und finanzielle Hilfe anzubieten, um das dort vorhandene Stromsparpotential zu mobilisieren und gleichzeitig die zukünftige Energieversorgung des Landes auf der Basis erneuerbarer Energiequellen sicherstellen zu können.

Helfen Sie mit, den drohenden Schaden von Mensch und Natur abzuwenden, und geben Sie Tschechien eine Chance für die Zukunft! Es ist für alle nur sinnvoll, wenn versucht wird, hier eine vernünftige Entwicklung in der Energieversorgung voranzutreiben. Der tschechische Staat wird damit nicht in den Ruin getrieben. Es fließen unheimlich hohe Geldbeträge in dieses Atomkraftwerk, die durch **Export von Strom zu Dumpingpreisen** in andere Länder wie die Bundesrepublik wieder zurückgeholt werden müssen. Es geht also nicht darum, daß Tschechien an Energieknappheit leidet. Vielmehr geht es darum, ein Vorhaben, das noch aus der alten Zeit stammt, fortzuführen, egal, welche Folgen damit für die Menschen in der Tschechischen Republik oder bei uns verbunden sind.

Ich bitte Sie: Berücksichtigen Sie dies bei Ihren Beratungen, und stimmen Sie dann diesem Antrag zu! Lassen Sie sich nicht von Frau Merkel dazu bewegen, das alles als Panikmache zu betrachten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der SPD)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächste spricht die Bundesministerin Dr. Angela Merkel.

**Dr. Angela Merkel,** Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute Anträge, die sich mit dem **Weiterbau von Kernkraftwerken** in unseren mitteleuropäischen Nachbarländern – so wie es eben dargestellt wurde –, **in der**

**Bundesministerin Dr. Angela Merkel**

(A) **Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik, beschäftigt.**

Lassen Sie mich zunächst auf den Antrag eingehen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den **Kredit** der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Investitionsbank, die für die Nachrüstung und Fertigstellung von zwei Reaktorblöcken in Mochovce gedacht sind, ihre Zustimmung durch eine entsprechende Weisung an die deutschen Vertreter zu verweigern.

Dieser Antrag ist im wesentlichen schon einmal gestellt worden. Er wird heute nur durch ein zusätzliches Argument näher begründet, nämlich dadurch, daß keine Sicherheit vor terroristischen Anschlägen auf ein solches Kraftwerk besteht.

Dieser Antrag – so wie er im vergangenen Jahr schon einmal gestellt wurde – gründet sich in der Sache wieder auf falsche Argumente. Bei den damaligen sicherheitstechnischen Überprüfungen des Reaktorblocks WWER 440/213 in Greifswald – das ist genau der Typ von Mochovce – ist nicht gesagt worden, dieser Reaktortyp sei nicht nachrüstbar. Damals war es so, daß es keine Betreiber und kein Interesse für diese Kernkraftwerke gab.

Die Bundesregierung hat nicht den geringsten Anlaß, daran zu zweifeln, daß die beiden genannten Banken eine sorgfältige Prüfung der Vergabevoraussetzung durchführen. Es besteht also keinerlei Grund für solche Weisungen.

(B) Nun kommen Sie und sagen: Es kann eine **terroristische Bedrohung** geben. Dies kann natürlich nie mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden. Das gilt für alle großtechnischen Anlagen in der Bundesrepublik und anderswo auf der Welt. Das gilt dann natürlich auch für Kernkraftwerke. Ich halte es für erforderlich – wir haben auch hier keinen Grund, daran zu zweifeln –, daß die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden.

Wenn wir einen solchen Antrag diskutieren, müssen wir uns natürlich fragen: Was sind eigentlich die Alternativen? Da ist für mich ganz entscheidend, daß die Forderung der GRÜNEN zur Folge hätte, daß in der Slowakischen Republik weitere Blöcke ohne Nachrüstung in Betrieb gingen oder zumindest die alten Reaktoren, wie sie in Bohunice bestehen, weiter betrieben würden. Ist dies eine Alternative, oder sollten wir nicht vielleicht doch versuchen, in Mochovce einen besseren **Sicherheitsstandard** zu erreichen, als wir ihn heute haben – natürlich bei sorgfältiger Prüfung?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Der zweite Antrag, über den wir heute debattieren, hat eine ähnliche Zielsetzung. Wir werden aufgefordert, mit der Tschechischen Republik in Verhandlungen einzutreten, um darauf hinzuwirken, daß für Temelin eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird und die Einwendungen von deutschen Staatsbürgern gleichberechtigt mit denen ihrer tschechischen Nachbarn betrachtet werden.

Ich habe Verständnis dafür, daß wir uns gerade in den grenznahen Regionen, aber natürlich auch in der übrigen Bundesrepublik Deutschland, ebenfalls über Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern Gedanken machen; denn es ist natürlich so – die Erfahrung haben wir gemacht –, daß Schäden aus solchen Kraftwerken nicht an Grenzen haltmachen. Deshalb finde ich es richtig, daß man darüber debattiert. Der bayerische Ministerpräsident hat sich an mich gewandt, um Argumente zu haben, um deutlich zu machen, daß wir auch bundesweit und seitens der Bundesregierung Sorge dafür tragen müssen, daß dort die notwendigen Voraussetzungen für einen Umbau gegeben sind.

(Wolfgang Behrendt [SPD]: Was haben Sie getan? – Zuruf von der CDU/CSU: Doch nicht so schnell, Herr Kollege!)

– Nun warten Sie doch ab; ich spreche noch weiter.

Wir müssen uns natürlich erst einmal die Frage stellen, welche **Möglichkeiten der Einwirkung bzw. Mitwirkung** die Bundesregierung auf **Entscheidungen der Tschechischen Republik** hat. Frau Saibold, Sie haben sich eben so ausgedrückt, als würden wir in der Tschechischen Republik sozusagen mitbestimmen, wie sich die Dinge dort entwickeln. Es gibt zwei Staaten. Diese Staaten haben jeweils ihr Recht. Im Rahmen dieses Rechts können wir in bilateralen Verhandlungen versuchen, unsere Interessen durchzusetzen. Das tun wir seitens der Bundesregierung; ich komme noch darauf zurück.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Frau Ministerin Merkel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Rochlitz?

**Dr. Angela Merkel,** Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ja, bitte.

**Dr. Jürgen Rochlitz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Ministerin, bei Ihren Argumentationen vermissen Sie, daß Sie die Überlegungen, in diesen Ländern Gas- und Stempfturbinen erbauen zu können, nicht mit einbeziehen. Das wäre wirklich eine moderne Technologie, die sehr schnell zu realisieren wäre und die in einer Übergangszeit – bis regenerative Energiequellen besser erschlossen wären – sehr wohl eine Alternative zu diesen sehr unsicheren AKWs darstellen könnten, die jetzt in der Planung sind. Wie ist dazu Ihre Position? Warum wird das von Ihnen überhaupt nicht in Erwägung gezogen?

**Dr. Angela Merkel,** Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Herr Kollege, in den Verhandlungen mit anderen Staaten ist es nun einmal so, daß wir nicht die Fragen stellen, die Pläne machen und anschließend dafür sorgen, daß unsere Ideen umgesetzt werden – zumal das, was Sie vortragen haben, nicht notwendigerweise meine Idee ist –, sondern daß wir auf Bitten und das Interesse unserer tschechischen Nachbarn eingehen. Wir tragen dort zwar unsere Interessen vor, aber wir machen nicht die Planungen für die Energieversorgung der

**Bundesministerin Dr. Angela Merkel**

- (A) Tschechischen Republik. Deshalb muß ich Ihnen sagen, daß wir froh sind, daß Braunkohlekraftwerke im böhmischen Bereich umgerüstet werden – dies wird auch durch deutsche Gelder unterstützt –, so daß sie in Zukunft umweltfreundlicher arbeiten können. Dies gilt z. B. für Tisova durch den Bau eines Filters, den wir im Rahmen unserer grenznahen Projekte finanzieren. Aber wir sind doch nicht diejenigen, die in Prag sozusagen bestimmen, in welcher Art und Weise Energieversorgung betrieben wird; an uns werden Fragen gerichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Abg. Dr. Jürgen Rochlitz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage)

– Lassen Sie mich doch noch eine Weile das sagen, was ich sagen möchte. Deshalb möchte ich jetzt keine Zusatzfrage beantworten. Wir kommen auf ein völlig anderes Gebiet.

Die Frage ist heute: Was ist mit Temelin, ist das, was dort gemacht wird, in Ordnung, und welche Möglichkeiten der Mitwirkung haben wir? Dazu möchte ich jetzt sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

- (B) Mit dem **Bau des Kernkraftwerks in Temelin** wurde in der ersten Hälfte der 80er Jahre nach russischen Konstruktionsunterlagen und den damals geltenden gesetzlichen Vorschriften begonnen. Von den ursprünglich geplanten vier Kernkraftwerksblöcken des neuesten sowjetischen Typs, der auch nach Auffassung vieler westlicher Experten ein akzeptables Sicherheitsniveau hat, sollen jetzt nur noch zwei Blöcke in Betrieb gehen, und zwar nach ganz umfangreicher Umrüstung durch die amerikanische Firma Westinghouse, wie das hier schon gesagt wurde.

Ich freue mich, daß die Prager Regierung beschlossen hat, die beiden fast fertiggestellten russischen Kernkraftwerksblöcke umzurüsten und damit sicherheitstechnisch zu verbessern. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, und dies kann ernsthafterweise eigentlich niemand bestreiten.

In diesem Kernkraftwerk arbeiten erfahrene amerikanische Unternehmen. Es ist natürlich nicht ganz einfach, wenn wir sagen: „Wir haben grundsätzlich gar kein Vertrauen zu diesen Kernkraftwerken“, weil nicht wir es sind, die dort tätig sind, und weil nicht wir unsere Sicherheitsstandards dort durchsetzen können. Die zuständige Behörde beabsichtigt, zu einzelnen Aspekten – das finde ich richtig – deutsche und französische Sachverständige heranzuziehen. Wir sind zu jeder Art von Mitarbeit, Hilfe und Auskunft bereit.

Nun fordern Sie uns auf, bei der Prager Regierung darauf hinzuwirken, daß für **Temelin** rückwirkend eine **Umweltverträglichkeitsprüfung** durchgeführt wird, obwohl das tschechische Gesetz für Anlagen, die früher genehmigt wurden, ausdrücklich eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung nicht vorsieht.

Das heißt, eine nachträgliche **Bürgerbeteiligung** wird nach tschechischem Recht nicht ermöglicht. Deshalb werden wir als Bundesregierung diese auch nicht erzwingen können. (C)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Frau Bundesministerin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Kollegin Saibold?

**Dr. Angela Merkel,** Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Eine gestatte ich noch, ja.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Bitte.

**Halo Saibold** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Umweltministerin, es ist in unserem Antrag nicht die Rede davon, daß Sie die Entscheidung erzwingen sollen. Es ist Ihnen aber sicherlich bekannt, daß die Neuerungen, die jetzt eingeführt werden sollen, ganz gravierende Eingriffe bedeuten, daß diese Neuerungen in den alten Genehmigungsverfahren logischerweise nicht berücksichtigt werden konnten und daß es deshalb dringend notwendig ist, ein neues Verfahren durchzuführen und sich nicht auf das alte aus dem Jahre 1986 zu berufen, sondern, weil gravierende Veränderungen durchgeführt worden sind, ein neues Verfahren nach den neuen Gesetzen von Tschechien anzustrengen.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Ihre Frage, Frau Saibold! (D)

**Halo Saibold** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmen Sie dem zu, daß es auf Grund dieser Veränderungen notwendig ist, ein neues Verfahren durchzuführen?

**Dr. Angela Merkel,** Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Ich fasse die dort jetzt in Aussicht genommenen Arbeiten als eine **Nachrüstung** auf. Das heißt, es ist kein Neubau. Deshalb braucht auch kein neues Verfahren eröffnet zu werden, zu dem die neuen Gesetze zur Umweltverträglichkeitsprüfung in Kraft getreten sind. Es handelt sich um eine Nachrüstung. Sie sagen: Das ist eine so wesentliche Nachrüstung, daß sie einem Neubau gleicht. Darin stimmen wir nicht überein. Ich sage vielmehr: Aus meinem Verständnis heraus handelt es sich unzweifelhaft und völlig unstrittig um eine Nachrüstung, die den sicherheitstechnischen Standard verbessert und nicht etwa weiter in Frage stellt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Frau Saibold, Sie haben eben gesagt, Sie hätten gar nicht von „erzwingen“ gesprochen. Sie haben gesagt, wir sollten die Tschechische Republik nicht in den Ruin treiben. Ich muß Sie wirklich einmal fragen, welche Betrachtungsweise das ist. Wir können froh sein, daß im Gegensatz zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, mit denen sich die Ver-

**Bundesministerin Dr. Angela Merkel**

- (A) handlungen viel zäher gestalten, die Tschechen bereit sind, sich aus eigener Kraft internationaler Angebote zu bedienen, um ihre Kernkraftwerke sicherheitstechnisch zu verbessern.

Sie müssen immer fragen: Was sind die Alternativen? Mir ist hier eine angeboten worden, die offensichtlich für die tschechische Seite keine Alternative darstellt. Deshalb sage ich: Lieber die Anlagen sicherheitstechnisch verbessern als gar nichts machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir haben erreicht – auch das halte ich für wichtig –, daß dieses Kernkraftwerk obwohl es 80 km von der Grenze entfernt ist – Sie haben es gesagt –, wie eine grenznahe Anlage behandelt wird. Das heißt, Unterlagen über geplante Anlagen, insbesondere genehmigungsrelevante Informationen, sind vorzulegen, und die Stellungnahmen der Nachbarn sind zu berücksichtigen.

Es wurde mit der tschechischen Seite vereinbart, daß in der nächsten Sitzung der gemeinsamen Kommission beider Seiten, der Bundesrepublik und der Tschechischen Republik, die geplanten Nachrüstungen und auch Möglichkeiten einer verbesserten **Öffentlichkeitsbeteiligung** eingehend behandelt werden. Diese Sitzung wird im März stattfinden. Danach bin ich gern bereit, Ihnen über die Ergebnisse dieser Sitzung zu berichten. Es verhält sich mitnichten so, daß wir untätig wären, sondern wir bemühen uns seit vier Jahren in gemeinsamen Sitzungen mit der tschechischen Seite, auch unsere Erfahrungen einzubringen.

- (B) Die SPD erweitert in ihrem Antrag diese Thematik über Temelin hinaus auf das **slowakische Kraftwerk Mochovce** und schlägt vor, daß die beantragten Kredite nicht eingeräumt werden. Ich muß Ihnen sagen, daß die Banken, die in Mochovce tätig sind, nach unserem Kenntnisstand die Unterlagen sehr sorgfältig prüfen. Die deutsche Seite hat natürlich keine Möglichkeit einer förmlichen Beteiligung an dem slowakischen Genehmigungsverfahren. Das muß man einmal festhalten, und daran wird sich so schnell nichts ändern.

(Wolfgang Behrendt [SPD]: Über die formale Seite hinaus gibt es Möglichkeiten der Einflußnahme, die weniger formal sind, Frau Ministerin!)

– Selbstverständlich setzen wir in Gesprächen – das wollte ich gerade zum Abschluß meiner Ausführungen sagen – mit all unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn – Sie wissen das aus den vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung – alles daran, um all unsere Erfahrung und das, was wir für richtig halten, den anderen mitzuteilen, ihnen das als Option zu geben und ihnen bei den **sicherheitstechnischen Umrüstungen** zu helfen. Aber in ihren Entscheidungen – das bitte ich doch hier zu beachten; das werden Sie auch in den Gesprächen mit Ihren Parteikollegen in den anderen Ländern, in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, immer wieder hören – sind diese Länder souverän. Wir können Hilfsangebote machen, aber wir können nicht oktroyieren, was wir gerne hätten.

Ich glaube – das ist ein ganz wichtiger Punkt –, daß wir unseren Sicherheitsstandard in der Bundesrepublik Deutschland halten sollten. Es gibt Verhandlungen bezüglich der Harmonisierung der Sicherheitsstandards mit der Französischen Republik. Ich halte es für ganz wichtig, daß wir Schritt für Schritt in Europa zu **gemeinsamen Sicherheitsanforderungen** kommen

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

und damit die Grundlage dafür legen, daß die Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke immer mehr einander angenähert werden. Daran werde ich arbeiten, und ich fordere Sie auf, dabei mitzumachen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächster spricht der Kollege Wolfgang Behrendt.

**Wolfgang Behrendt (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Merkel, Sie haben sich relativ eingehend mit der Situation in Tschechien und dem Kernkraftwerk Temelin beschäftigt. Sie haben über Mochovce sehr oberflächlich zum Schluß etwas gesagt.

Uns scheint, daß das aktuellere Problem zur Zeit das **Kernkraftwerk Mochovce** ist. Denn in zwei Monaten soll die Entscheidung über die Finanzierung der Nachrüstung dieses Kraftwerks fallen. Sie wissen, daß die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Europäische Investitionsbank über entsprechende **Kreditersuchen** befinden müssen. Ich denke, man muß sich bewußt sein, daß dies nicht nur eine Entscheidung über die Struktur der Energieversorgung in der Slowakei darstellt, sondern daß es hier auch darum geht, ob der westeuropäischen Atomindustrie ein lukrativer Markt in Mittel- und Osteuropa mit einem geschätzten Volumen von immerhin 100 Milliarden DM eröffnet wird. Angesichts der desolaten Auftragslage der westlichen Nuklearindustrie ist das sicherlich eine verlockende Chance. Man muß sehen, daß hier ganz massive **wirtschaftliche Aspekte** im Hintergrund stehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Nach den Statuten der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wäre eine Prüfung der **Umweltverträglichkeit und die Erreichung westlicher Sicherheitsstandards** Voraussetzung für eine Kreditvergabe. Nach den bisherigen Erfahrungen jedoch ist Skepsis angezeigt. Ein von der österreichischen Regierung gewünschtes und geplantes großangelegtes Hearing, das vor wenigen Tagen in Wien stattfinden sollte, ließen die Betreiber des Kernkraftwerks Mochovce platzen. Offenbar hatten sie und auch die französische Gesellschaft Electricité de France, die hier die Nachrüstung vornehmen soll, kalte Füße bekommen.

**Wolfgang Behrendt**

- (A) Deshalb unsere Forderung: Es muß eine öffentliche und für jedermann zugängliche **Anhörung und** eine umfassende **Prüfung der Sicherheit und der Umweltverträglichkeit** geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Vorher dürfen die Bauarbeiten nicht fortgeführt werden. Diese Prüfung darf nicht im stillen Kämmerlein oder in den Chefsuiten der Bankmanager stattfinden, sondern muß öffentlich erfolgen und für jedermann zugänglich sein, insbesondere für die Bevölkerung der betroffenen Nachbarstaaten.

Vor allem die Sicherheit – das ist unstrittig – ist der neuralgische Punkt dieses Projekts. Ich will eines ganz klar sagen: Wir dürfen nicht um der wirtschaftlichen Interessen der Kernkraftindustrie willen atomares russisches Roulette spielen.

Sicherheitsbedenken von Fachleuten gibt es zuhauf. Das, denke ich, wird von Ihnen heruntergespielt. Selbst eine französische Expertengruppe hat festgestellt, daß das **Sicherheitssystem in Mochovce** dem Stand der 60er Jahre entspricht. Die Internationale Atomenergiebehörde hat erklärt, auch nach der Umrüstung würde ein solches Kraftwerk im Westen keine Betriebsgenehmigung bekommen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß die slowakische Regierung die Anlage trotz gravierender Schludereien nicht nachgebessert hat, sondern die Mängel mit hohen Geldstrafen geahndet hat. Der entscheidende Punkt aber ist der, inwieweit östliche und westliche Sicherheitstechnologien miteinander zu verknüpfen sind.

(B)

Der russische Atomexperte Julij Andreew, der jetzt beim Projekt „Nukleare Sicherheit“ der Wiener Universität arbeitet, hat vor wenigen Tagen in einem Interview mit dem Deutschlandfunk bezweifelt, daß die Umrüstung russischer Reaktoren überhaupt möglich ist, wenn sie über die Planungsphase hinaus sind.

Zwei Blöcke in Mochovce sind immerhin schon bis zu 95 bzw. 80 % fertiggebaut. In dieser Phase eine Verschmelzung östlicher und westlicher Sicherheitsphilosophie vorzunehmen, so Andreew, komme dem Versuch gleich, einen Mercedes-Motor in einen Trabi einzubauen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Daß sich die amerikanische Regierung bei der Zustimmung zur Kreditzusage für das tschechische Kernkraftwerk Temelin vor einem Jahr weder um die Reaktorsicherheit noch um die Umweltverträglichkeit gekümmert hat, kann man nachvollziehen. Für die USA sind Temelin und Mochovce sozusagen „böhmische Dörfer“. Daß Sie aber, Frau Ministerin Merkel, die substantiierten Bedenken von Experten damit abtun, das sei „alles nur Panikmache“, wie Sie es jüngst in „Focus“ geäußert haben, wird Ihrer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie billig die Ausrede ist, Sie könnten als Bundesregierung nicht den völkerrechtlichen Anspruch erheben, sich in die **inneren Angelegenheiten der tschechischen oder slowakischen Regierung** einzumischen, wird daraus deutlich, daß die **österreichische Regierung** in ganz anderer Weise agiert. In verschiedenen diplomatischen Noten haben die Österreicher auf die Planungen in Tschechien und Slowakien massiv Einfluß zu nehmen versucht.

Ich erinnere nur an das Aide-mémoire an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung im November 1994, in dem die österreichische Bundesregierung konkrete Bedenken bezüglich des Projekts Mochovce zum Ausdruck gebracht hat.

Darüber hinaus haben die Österreicher – das finde ich bemerkenswert – auch ein Angebot zu einer energiewirtschaftlichen Kooperation mit dem Ziel gemacht, hier auch **Alternativen zur Energieerzeugung aus Kernkraft** mit den Tschechen und Slowaken durchzusetzen.

Im Vergleich dazu ist das, was Sie geäußert haben, einfach dürftig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Meinen Sie nicht, daß Sie es der deutschen Bevölkerung schuldig sind, sich ebenfalls einzumischen? Nehmen Sie sich ein Beispiel an der engagierten Haltung Ihrer österreichischen Kollegin, der Umweltministerin Maria Rauch-Kallat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

(D)

Sie hat ein Wissenschaftlerteam damit beauftragt, die Unterlagen für das Kernkraftwerk Mochovce zu prüfen. Sie hat Gespräche mit den Direktoriumsmitgliedern der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung geführt, um den österreichischen Standpunkt vorzutragen. Die Prüfung der Unterlagen hat ergeben, daß sie unzureichend und widersprüchlich sind und daß auf dieser Grundlage die Bank das Projekt eigentlich ablehnen müßte.

Sie müssen allerdings nicht ins Ausland blicken, um sich zu orientieren. Ihr Amtsvorgänger hat eine Entscheidung im Zusammenhang mit **Greifswald** getroffen, und er hat damals ausgeführt, daß die Risiken dieser Reaktoren aus dem Design, aus der Struktur der Reaktoren und ihrem Erhaltungszustand resultieren. Als Konsequenz dieser Prüfung fiel die Entscheidung gegen eine Nachrüstung und für die **Abschaltung**.

Nun frage ich Sie, Frau Ministerin Merkel: Woher nehmen Sie den Mut, einer **Nachrüstung** genau des gleichen Reaktortyps jetzt Unbedenklichkeit zu bescheinigen, und dies angesichts der Tatsache, daß statt der 2 Milliarden DM, die für die Nachrüstung von Greifswald einmal kalkuliert worden sind, jetzt nur noch 1,3 Milliarden DM für die Nachrüstung vorgesehen sind? Vielleicht, Frau Merkel, hätten Sie den Sachverstand des von Ihnen in die Wüste geschickten Staatssekretärs noch etwas länger nutzen



**Wolfgang Behrendt**

(A) sollen. Dann wäre es vielleicht zu einem anderen Ergebnis gekommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich sage hier für die SPD-Fraktion: Wir haben stärkste Bedenken gegen die Nachrüstung der beiden Kernkraftwerke in Tschechien und in der Slowakei. Wir fordern die Bundesregierung auf, für eine rückhaltlose **Sicherheits- und Umweltverträglichkeitsprüfung** einzutreten. Sie können sich nicht damit herausreden, daß dies eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Nachbarstaates sei. Wo grenzüberschreitende Umwelt- und Sicherheitsgefährdungen drohen, müssen **grenzüberschreitende Beteiligungsverfahren** garantiert sein.

Wir erwarten, daß diese umfassende Umwelt- und Sicherheitsprüfung vor der **Kreditentscheidung** erfolgt. Wenn das Ergebnis unbefriedigend ist, dann darf es keine Kreditzusage geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir hoffen, daß auch das **Europäische Parlament**, dem ein entsprechender Antrag vorliegt, mit großer Mehrheit diese Haltung unterstützen wird. Gerade für Staaten, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben, wie Slowakien, muß gelten, daß auch nachbarschaftliche Rücksichtnahme und Verantwortung unerläßlich sind.

(B) Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich daran, wie vor noch nicht einmal neun Jahren **Tschernobyl** ganz Europa in Angst und Schrecken versetzt hat. Nun handelt es sich hier um einen anderen Reaktortyp. Aber die Kölner Gesellschaft für Reaktorsicherheit hat anlässlich der Untersuchungen in Greifswald auch dem dortigen Reaktortyp, dem der in Mochovce entspricht, gefährliche und nicht tolerierbare Sicherheitsdefizite attestiert.

Meine Damen und Herren, hier geht es um unser aller Sicherheit. Da ist falsch verstandene diplomatische Rücksichtnahme nicht am Platze. Die **Sicherheit der Bevölkerung** muß Vorrang haben vor einseitigen Konzerninteressen und nationalen Egoismen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich hoffe daher, daß es uns in den Ausschlußberatungen gelingen wird, zu einer Entschließung des Bundestages im Sinne unseres Antrages zu kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Siegfried Hornung [CDU/  
CSU]: Das heißt doch, Sie sind gegen eine  
Nachrüstung!)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächster spricht der Kollege Professor Rainer Ortleb.

**Dr. Rainer Ortleb** (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit „Besen, Besen, sei's gewesen“ rettete der alte Hexenmeister

den Zauberlehrling aus seiner Verstrickung in Technologien, die er nicht beherrschte. Mit seinem bekannten Gedicht „Der Zauberlehrling“ aus der Zeit vor Auto und Atomphysik wollte uns der Dichter sicher vor Folgen von Selbstüberschätzung warnen. (C)

Zunehmendes Wissen hat uns auch zunehmendes Wissen um Gefahren gebracht. Aus dieser Sicht gibt es kein Recht, auch nur ein Quentchen daran zu deuten, daß jedes Unterfangen des **Fortschritts** hinsichtlich möglicher **Gefahren und Folgen** geprüft werden muß.

Heute beschäftigt uns die Debatte mit der Frage, wie man angemessen mit den Sorgen und Ängsten von Menschen umgeht, die mit Mißtrauen den Bau zweier Kernkraftwerke in näherer und fernerer Nachbarschaft Deutschlands beobachten – ich betone: angemessen umgeht!

Zunächst: Wie denke ich über Kernenergie? Ein **Energiekonsens** über die Nutzung der unterschiedlichen Energieträger, über Kernenergie, über verstärkte Anstrengungen zum Energiesparen und über verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien ist notwendig, um eine langfristig sichere, effiziente und ökologisch tragfähige Energieversorgung zu erreichen.

Die Option für die **friedliche Nutzung der Kernenergie** muß offengehalten werden. Die Frage nach einer weiteren Nutzung der Kernenergie als Übergangsenergie darf nicht losgelöst von Problemen der Reaktorsicherheit einschließlich Versorgung und Entsorgung verhandelt werden. (D)

Die maroden Kernkraftwerke in den Staaten Mittel- und Osteuropas bedrohen uns alle. Nachrüstbare Reaktoren müssen an den **westlichen Sicherheitsstandard** herangeführt werden.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe vom BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Diese so von mir dargestellten Positionen und weitere dazugehörige können Sie auch auf Seite 27 des Parteiprogramms der F.D.P. zu den Bundestagswahlen 1994 nachlesen.

(Beifall bei der F.D.P. – Zurufe von der SPD:  
Das ist aber interessant! – Papier ist geduldig!)

– Lesen Sie es doch einmal!

Das Unglück von **Tschernobyl** hat in tragischer Weise gezeigt, daß Kernkraftwerksunfälle ein globales Ausmaß haben können. Es bedarf keiner weitergehenden Darstellung, um die Berechtigung von Ängsten anzuerkennen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, wenn ich als früherer Naturwissenschaftler und Ingenieur

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Das ist ja genau Ihr Problem!)

an Berechenbarkeit und Sicherheit garantierende Minimierbarkeit von Risiken glaube und daher politi-

**Dr. Rainer Ortleb**

- (A) schen Verstand für erforderlich halte, dafür zu sorgen, daß – –

(Horst Kubatschka [SPD]: Glauben, das hat mit Naturwissenschaften nichts zu tun! Dafür ist die Theologie zuständig!)

– Die Naturwissenschaften sind meist exakter als die politischen Wissenschaften.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Wenn ich denen trotzdem Verstand zubillige, den ich hier einfordere, dann deshalb – um im Eingangsbild zu bleiben –, damit der alte Meister und nicht der Zauberlehrling bewertet. Das kommt mir nämlich bei manchen Gutachten so vor.

(Zuruf von der F.D.P.: Richtig!)

Wie liegt also nach meiner Ansicht der vorliegende Fall?

Erstens. Es ist anzuerkennen, daß die Zusammenarbeit mit erfahrenen westlichen Firmen, Prüf- und Expertenorganisationen gesucht wird. Damit sehe ich die Forderung nach Heranführung an westliche Sicherheitsstandards als erfüllt an. Auch Amerika und Frankreich haben westlichen Standard – wenn gleich auch nicht in allem den deutschen.

Zweitens. Durch das seit 1990 mit Tschechien bestehende Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz sind Wege geöffnet, auf den tschechischen Partner in diplomatisch angemessener Weise politisch einzuwirken. Es wäre nützlich, solche Wege zu forcieren. Das gilt natürlich auch für den Fall in der Slowakei.

(B)

Drittens. Es ist nicht zu erkennen, daß gegen die technische Beratung durch Experten westlicher Länder, die Erfahrungen in der Nutzung von Kernenergie haben, Widerstand geleistet oder daß gar Prinzipielles in den Wind geschlagen würde.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Doch!)

Mit diesen drei Punkten sind gute Voraussetzungen dafür gegeben, daß ein Betrieb mit akzeptabler Sicherheit erreicht werden kann. Die heutige Debatte gibt schließlich auch Gelegenheit, zu dokumentieren, daß in Fragen des sicheren Betriebes von Kernkraftwerken ein Feld berührt wird, das von solcher Sensibilität ist, daß eine Befassung des Deutschen Bundestages volle Berechtigung hat.

Ich meine, daß auch dadurch den Nachbarn nachhaltig vermittelt wird, daß die **Interessen deutscher Bürger** hier berücksichtigt werden müssen. Allerdings möchte ich an dieser Stelle bitten, z. B. der tschechischen Regierung nicht indirekt verantwortungsloses Verhalten gegenüber ihren Bürgern zu unterstellen.

(Zuruf von der F.D.P.: Sehr gut!)

Auch wenn die tschechischen Verfahren nicht – vielleicht auch nur noch nicht – den deutschen entsprechen, haben wir kein Recht, eine bevormundende Beugepolitik zu betreiben, wie es im slowakischen Fall eine Kreditverweigerung wäre. Die Historie ver-

bietet es einfach, gegenüber derzeit wirtschaftlich schwächeren Ländern, die sich mühsam aus sozialistischer Zeit lösen, den weltpolitischen Holzhammer zu schwingen. **Hilfe zur Selbsthilfe** stelle ich mir mit anderen Instrumentarien vor. (C)

Es steht uns auch nicht an, Energiebilanz und Energieplanung anderer Länder vor- und nachzurechnen. Eine in dieser Frage sicher gegebene Weltverantwortung kann nicht von Deutschland aus bilateral wahrgenommen werden. Verantwortungsbeußsein, das sich in Deutschland entwickelt hat, kann dagegen als Erfahrung in europäische und weltweite Gremien eingebracht werden, wobei vorbereitende, gleichberechtigte und partnerschaftliche Zusammenarbeit sicher den Boden fruchtbar machen kann.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich Sie meines Eindrucks versichern, daß sowohl die Erklärungen von Frau Bundesministerin Merkel als auch solche von Ministerpräsident Stoiber – also insbesondere des betroffenen Landes – das zu gewährleisten scheinen, nämlich daß wir uns in angemessener Weise prüfend, ohne zu bevormunden, an diesem Verfahren auch im eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Bevölkerung der Welt beteiligen.

Nichtsdestotrotz: Das Auge des Parlaments sollte die Vorgänge weiter beobachten. Der Umweltausschuß sollte sich begleitend mit der Entwicklung befassen. Im Bilde: Im Augenblick erscheinen mir laute Rufe zum anderen Schiff, auch mit der Bitte um Besichtigung der Ladung, klüger als Schüsse vor den Bug. (D)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Dürftig!)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächster spricht der Kollege Kurt-Dieter Grill.

**Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir können heute über die Sicherheit von Kernkraftwerken in Mittelosteuropa, in Tschechien und der Slowakei, insbesondere deswegen sprechen, weil sich die deutsche Bundesregierung durch Helmut Kohl als Bundeskanzler auf den Weltwirtschaftsgipfeln intensiv dafür eingesetzt hat, mit Geld und Technik die **Risiken der nuklearen Energieversorgung in Osteuropa** für uns jedenfalls erträglicher zu machen bzw. sie nahezu zu beseitigen. Das ist eine Konsequenz unserer Politik, wie wir sie seit Jahren verfolgen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Soviel Wehrauch am frühen Morgen!)

Meine Damen und Herren, wir können die Devise „Not kennt kein Gebot“ in diesen Ländern nur auf dem Wege durchbrechen, den Frau Bundesministerin Merkel hier vorgestellt hat. Wir sollten uns bei dieser Debatte immer wieder darin einig sein und

**Kurt-Dieter Grill**

- (A) uns daran erinnern, daß viele, über deren Entwicklung wir hier reden und von denen wir die Berücksichtigung ökologischer Parameter bei dieser Entwicklung durchaus zu Recht einfordern, in ihrer gesamten Mentalität und ihrer ökonomischen Situation der Meinung sind, daß die Abfolge nicht „Umwelt und Entwicklung“, sondern „Entwicklung und Umwelt“ sein sollte. Wenn wir dieses Denken im Sinne von „Umwelt und Entwicklung“ umdrehen wollen, dann werden wir nicht mit dem erhobenen Zeigefinger einen Sinneswandel erreichen, sondern durch sehr intensive Gespräche.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Abgeordneter Grill, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Saibold?

**Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU):** Gerne, Frau Präsidentin.

**Halo Saibold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Abgeordneter, stimmen Sie mir zu, daß es wesentlich billiger ist, das **Energiesparpotential** auszunutzen und für eine **bessere Energienutzung** einzutreten und z. B. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu bauen statt eines riesigen, zentralistisch angelegten Atomkraftwerks? Würde man damit nicht die wirtschaftliche Situation in Tschechien besser berücksichtigen?

- (B) **Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU):** Frau Saibold, ich werde im Rahmen meiner Betrachtungen auf diese Frage noch eingehen. Es gibt sicherlich Argumente für das Energiesparen und die rationelle Energienutzung. Aber ich will mich an dieser Stelle nicht in den Stand erheben, auch noch über die **Energiepolitik der Tschechischen Republik** zu entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Saibold, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede gesagt: Es geht um etwas Ungeheuerliches. Ich sage Ihnen: Ungeheuerlich wäre es, wenn alles so weitergegangen wäre, wie es bis zum Jahre 1989/90 in Osteuropa geplant und entwickelt worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich will ein zweites Argument aufgreifen. Sie haben – das ist ja nicht aus der Welt zu kriegen; Sie beten das herunter; gebetsmühlenartig kommt das jede zweite Woche vor – die Frage **Stendal und Greifswald** angesprochen. Sie müssen doch einmal sehen, daß sich die deutschen EVUs aus ökonomischen Gründen einem Weiterbau in Stendal auch vor dem Hintergrund des nicht vorhandenen Bedarfs an neuen Kraftwerken entzogen haben. Sie haben gar keinen Betreiber für Stendal gefunden, und die Bundesrepublik Deutschland baut keine Kernkraftwerke.

Ich bin in Greifswald gewesen. Dort liegen sechs Blöcke still, und niemand merkt es, daß sie gar keinen Strom mehr produzieren. Das hat doch etwas damit zu tun, daß die gesamte ökonomische Situation

einschließlich des Verlustes von produzierendem Gewerbe auch in der ehemaligen DDR den **Strombedarf** erheblich heruntergesetzt hat. Das gilt nicht nur für die Kernenergie in den neuen Bundesländern, sondern es gilt in weitem Maße auch für die Nutzung der Braunkohle, die erhebliche Einbrüche hat erleiden müssen. Das sind die Gründe, die zur Stilllegung von Greifswald und zur Nicht-Nachrüstung bzw. zum Nicht-Weiterbau von Stendal geführt haben. Nehmen Sie es doch einfach mal zur Kenntnis; die Ignoranz der Fakten sollte bei Ihnen zu Ende sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Behrendt, ich will mich gerne mit dem auseinandersetzen, was Sie hier vorgetragen haben. Zunächst einmal sind Finanzen und Sicherheit untrennbar miteinander verbunden. Sie unterstellen nun, daß es lediglich um einen nutritiven Markt für die westdeutsche bzw. westliche Kernenergieindustrie geht. Ich denke, daß man zunächst einmal darauf achten sollte, daß für die Entscheidung der EBRD im März – sie wird erst im März gefällt werden, also nicht jetzt – die internen Beratungen noch nicht abgeschlossen sind und daß für Mochovce die **Umweltverträglichkeitsprüfung** durchgeführt worden ist. Die Ergebnisse sind ausgelegt.

Ich will auch gerne auf das sogenannte Hearing in **Wien** eingehen. Sehen Sie, die Slowaken und auch die westlichen Industriefirmen sind nicht gekommen, weil es gar nicht um ein Hearing ging, sondern weil es eine geplante **Protestveranstaltung** war, die gar nicht das Ziel hatte, daß man in Ruhe Argumente austauscht und einander anhört. Das ist genau der Punkt, an dem ich letztendlich nur jedem sagen kann: Das ist nicht die Art, wie man ernsthaft sicherheitstechnische Probleme miteinander beredet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im übrigen will ich an dieser Stelle etwas sagen, was mich in der Debatte um Kernenergie schon immer aufgeregt hat. Sie sollten das „Musterbeispiel“ **Österreich** an dieser Stelle wirklich nicht aufführen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

denn Österreich hat Zwentendorf, modernste Kerntechnik, nicht in Betrieb genommen und bezieht dafür Atomstrom –

(Beifall der Abg. Halo Saibold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Frau Saibold, Sie klatschen an der falschen Stelle – aus Bohunice, dem wirklich unter technischen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten schlechtesten Beispiel für eine Produktion von Atomstrom für westdeutsche Länder.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich will mich gar nicht mit Sicherheitstechnik beschäftigen, aber ich halte es für eine höchst unmoralische Veranstaltung, wenn ausgerechnet die Österreicher so agieren und gleichzeitig den Atomstrom für sich in Anspruch nehmen, der ihnen aus den ältesten Kernkraftwerken der Tschechischen Republik beschafft wird, meine Damen und Herren.

(C)

(D)

- (A) **Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Kollege Grill, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Müller?
- Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU):** Nein, Frau Präsidentin, ich möchte jetzt einige Dinge im Zusammenhang ausführen.
- (Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Dann lügen Sie nicht weiter so herum! Sie reden nämlich die Unwahrheit!)
- Dann hat der Kollege Behrendt gesagt, es ginge um atomares russisches Roulette. Das ist richtig, Herr Behrendt. Ich stimme Ihnen zu. Es wäre wirklich russisches Roulette im wahrsten Sinne des Wortes, wenn wir die Kernkraftwerke ohne westliche Sicherheit zu Ende bauen lassen würden.
- Ich denke, daß die Sozialdemokraten an dieser Stelle gehörig aufpassen müssen. Es gibt in ihren Reihen bis hin zu ihrem Energiekonsens-Rudelführer einen Ansatz, der darauf hinausläuft, Endlager international jedenfalls nicht undenkbar zu machen. Herr Kollege Fischer, wir wissen, daß das nicht endgültig bei den Sozialdemokraten ausgeschaltet ist.
- (Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Doch!)
- Nein, Herr Schröder und auch sein Staatssekretär Tacke haben die internationale Endlagerung ausdrücklich immer offengehalten. Sie haben Osteuropa gemeint, meine Damen und Herren. Das ist das eine.
- (Widerspruch bei der SPD)
- (B) Das zweite ist: Wenn wir nach Ihren Maximen vorgehen würden, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, dann würden wir überhaupt keine **Sicherheitstechnik** exportieren mit der Folge, daß eine **Nachrüstung** in Tschechien und Slowakeien gar nicht mit unserer Technik stattfinden könnte. Das ist Ihre Philosophie.
- Im übrigen kommt mir Ihr Antrag so vor, als seien Sie auf den fahrenden Zug der GRÜNEN draufgesprungen. Ich behaupte schlicht und einfach, wenn es den Antrag der GRÜNEN zu den beiden Kraftwerksbereichen nicht gegeben hätte, dann hätten Sie Ihren eigenen Antrag heute nicht auf der Tagesordnung stehen.
- (Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das, was Sie gerade gesagt haben, war der einzige wahre Satz in Ihrer Rede!)
- Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Kollege Grill, gilt Ihr Nein für alle weiteren Fragen?
- Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU):** Es gilt für alle weiteren Fragen. Ich möchte zunächst einmal zu Ende reden.
- Es ist ja auch so, daß Sie die alte Masche fahren. Es ist nichts Neues, daß Sie im Grunde genommen Frau Merkel unterstellen – das haben Sie mit Herrn Töpfer
- auch schon getan –, sie gehe sorglos, unverantwortlich und ohne jeden moralischen Skrupel an die Frage der Kernkraftwerke in Temelin und Mochovce heran.
- (Wolfgang Behrendt [SPD]: Zumindest ohne jedes Engagement!)
- Natürlich, auch das gehört dazu. Es ist klar, daß Sie ihr das auch noch absprechen.
- Meine Damen und Herren, wenn Sie in dieser Debatte diesen Teil in Zukunft etwas weniger nutzen würden, würden Sie etwas glaubwürdiger sein. Den anderen Parteien und Fraktionen in diesem Hause und auch Frau Merkel zu unterstellen, sie sei nicht besorgt im Sinne von Sicherheit auch der westdeutschen Bürger, ist schlicht und einfach eine Infamie, eine Polemik, die der Sache überhaupt nicht dient, meine Damen und Herren.
- (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)
- Dann kommt Herr Behrendt auch noch mit dem Vorwurf, wir müßten uns in die inneren Angelegenheiten einmischen. Ich denke, es gab vor einiger Zeit in diesem Hause noch eine Menge Leute, die bei jedem Versuch der **Einmischung in innere Angelegenheiten** des Ostblocks den Weltfrieden gefährdet sahen. Deswegen meine ich, daß wir bei der Forderung nach Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten ein bißchen vorsichtig sein sollten,
- (Zustimmung bei der CDU/CSU – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Rede ist zum Grillen!)
- denn ich denke, daß wir im Zusammenhang mit den heute zu diskutierenden Tatbeständen Temelin und Mochovce im Grunde genommen doch eines festhalten sollten: Wir haben eine offene Diskussion mit Tschechen und Slowaken, weil es eine politische Veränderung mitten in Europa gegeben hat, ohne die wir diese Diskussion überhaupt nicht führen könnten.
- (Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das verdanken wir Helmut Kohl!)
- Da haben Sie vollkommen recht;
- (Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- und wo Sie recht haben, Herr Fischer, sollen Sie recht behalten.
- (Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Meßdiener bin ich unübertroffen!)
- Ich will Ihnen, verehrter Herr Fischer, sagen: Ich habe persönlich erlebt, wie in unseren Landtagen in Westdeutschland, auch bei mir zu Hause, seriensweise die Resolutionen verabschiedet worden sind, Schönberg nicht zu nutzen, weil das unverantwortlich ist, wie aber klammheimlich alle Landesregierungen, von Bayern bis Kiel, ihren Sonderabfall nach

**Kurt-Dieter Grill**

- (A) Schönberg geschoben haben, weil dort die Bürger waren, die nicht protestieren konnten. Das war unsere „Moral“. Das gilt im übrigen ebenso für Hessen, auch in Ihrer Zeit.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, sicher!)

– Herr Fischer, wenn Sie eine Rede halten wollen, kommen Sie doch nach vorne und melden sich an.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie mir CDU-Redezeit geben, mache ich das!)

Ich denke, daß wir in bezug auf den Protest gegen Temelin und Mochovce auch noch ein Wort über die Alternativen verlieren sollten. Hier werden ältere Kernkraftwerke stillgelegt, hier werden Kohlekraftwerke stillgelegt. Das ist etwas, was uns in Verbindung mit der CO<sub>2</sub>-Diskussion auch nicht so angenehm ist. Es geht aber doch nicht an, daß wir uns vor dem Hintergrund der dort vorhandenen katastrophalen Kohlekraftwerke über die Atemwegserkrankungen von Kindern in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, im gesamten Ostblock aufregen, gleichzeitig aber auch die Alternative Kernenergie ablehnen. Sie müssen doch sagen, wo es langgehen soll.

(Halo Saibold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

- (B) Wenn wir über Wirtschafts- und Energiepolitik im Ausland sprechen, ist an mancher Stelle Behutsamkeit angebracht. Sehen Sie: Es gibt sicherlich zwei, vielleicht auch drei Denkschulen. Müssen wir für Geld Sicherheit kaufen oder an anderer Stelle ansetzen?

Ich sage Ihnen insbesondere nach den Erfahrungen auch deutscher Politik in West-, aber auch in Osteuropa: Wir müssen uns davor hüten, mit dem erhobenen Zeigefinger in diese politische Debatte zu gehen. Was wir tun sollten – das aber sieht Ihr Antrag heute nicht vor –, ist, einen Dialog mit den Leuten zu führen, deren Mentalitäten im Umgang mit diesen Fragen zu verändern sind. Deswegen wäre es eigentlich ganz sinnvoll gewesen, wenn wir als Parlament nicht darüber geredet hätten, was die Regierung tun kann. Es stellt sich vielmehr die Frage, was wir tun, um mit dem **tschechischen Parlament** darüber zu reden.

Meine Damen und Herren, die Tschechische Republik hat seit dem politischen Wandel in Europa ein souveränes, vom Wähler mit Mandaten ausgestattetes Parlament. Wir aber tun so, als müßten wir bestimmen, was sie zu entscheiden haben. Ich halte das für politisch fatal und für einen vollkommen falschen Weg.

Sie sollten also nicht auf unserer Regierung herum-schlagen, wie Sie es heute morgen getan haben. Die Frage ist, welche Einsichten wir als Parlament einbringen können und was diejenigen, die die Ent-

scheidungen für ihre Bürger zu fällen und sich vor ihnen zu verantworten haben, verändern können, damit sich die Politik ganz in diesem Sinne entwickelt und verändert. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wolfgang Behrendt [SPD]: Das ist doch ein Ablenken vom Kernproblem!)

Diesen Weg gehen Sie nicht. Er wäre auch etwas beschwerlicher.

Wir stehen vor der Tatsache, daß mit den Geldern, die investiert werden, nicht nur der Einkauf von Technik, sondern auch die Prüfung der Voraussetzungen im Sinne unserer westlichen Sicherheitsphilosophie gegeben ist.

Auch bezüglich der **Beteiligung der Bürger** haben Sie überhaupt keine Veranlassung, Frau Merkel und der Bundesregierung Nachlässigkeit und mangelnde Ernsthaftigkeit vorzuwerfen. Auf der Basis des Regierungsabkommens wird es diese gemeinsame Kommission geben, wird es einen Einsatz im Sinne der Interessen der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland geben.

Meine Damen und Herren, wir sollten schon darüber reden, daß sich die Tschechen bereit erklärt haben, mit uns über etwas, was über den 30-km-Streifen hinausgeht – Temelin liegt 80 km von der Grenze entfernt –, zu diskutieren. Was haben Sie eigentlich zu kritisieren? Man kann doch nur auf diesem Wege fortschreiten. Wir müssen uns im Interesse unserer Bürger in diesen Diskussionsprozeß einschalten. Das bestreitet ja auch niemand ernsthaft. Aber ich denke, wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß dies die Politik auch dieser Bundesregierung ist. Deswegen habe ich keine Veranlassung, heute morgen eine massive Kritik an dieser Bundesregierung zu üben. Ganz im Gegenteil! (D)

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja wohl selbstverständlich! Es hätte uns ja auch gewundert, wenn Sie das gemacht hätten!)

– Natürlich, Herr Fischer, das ist so selbstverständlich wie Ihre Kritik. Sie machen es einem ja auch furchtbar leicht, sich auf die Seite der Bundesregierung zu stellen, denn Ihre Kritik wird sowieso nie dazu führen, daß Sie uns von dieser Nähe abbringen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles andere hätte uns ja mit Entsetzen erfüllt!)

Die Konsequenz Ihrer Politik, Herr Fischer – damit das klar ist –, heißt, daß die Projekte aus der alten Zeit mit der alten Technik ohne Hilfe weitergeführt werden. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deswegen sage ich abschließend für die CDU/CSU-Fraktion: Wenn unsere Politik im Ergebnis nicht zur totalen Ablehnung unserer Interessen – der Interessen der Menschen, der Interessen der Sicherheit – führen soll, werden wir uns nicht von hier aus mit erhobenem Zeigefinger, sondern auf anderen Wegen um die Änderung der Mentalitäten, um die Umkeh-

**Kurt-Dieter Grill**

- (A) rung von „Entwicklung und Umwelt“ zu „Umwelt und Entwicklung“ bemühen müssen. Dann werden wir uns für die Beteiligung der Betroffenen einsetzen, und wir werden auch sicherstellen, daß diejenigen, die in die Europäische Union wollen, sich an die Spielregeln gewöhnen, die in der Europäischen Union und den westlichen Demokratien gelten.

Wir sollten den Tschechen und den Slowaken diesen Weg ebnen und erleichtern, aber nicht mit totalen Überforderungen letztendlich genau das Gegenteil erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächster spricht der Kollege Horst Kubatschka.

**Horst Kubatschka (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Grill, die Unwahrheit wird auch dann nicht wahrer, wenn Sie sie dauernd wiederholen. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis: In **Österreich** gab es Versuche von privaten Unternehmern, Strom aus den Kernkraftwerken einzukaufen, die Sie beschrieben haben. Der sozialdemokratische Bundeskanzler hat dies sofort gestoppt. Bitte, merken Sie sich das!

Herr Kollege Ortleb, ich denke wie Sie an den Zauberberlehrer, wenn ich an die **Atomlobby** denke. Nur habe ich festgestellt, und Sie können mir das nicht widerlegen: Die Atomlobby ist immer noch im Zustand des Lehrlings. Der Meister ist noch nicht gefunden, und das Wasser steigt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Klaus W. Lippold [Offenbach] [CDU/CSU]: Dieser Satz ist wahr: Das Wasser steigt!)

Jetzt möchte ich mich mit den vorliegenden Anträgen beschäftigen, die sich in die inneren Angelegenheiten der Tschechischen bzw. der Slowakischen Republik einmischen. Natürlich ist das Einmischung. Aber wir müssen uns einmischen. Die **Erfahrungen von Tschernobyl** lehren uns: Betroffenheit herrscht über Hunderte und Tausende Kilometer. Und Temelin liegt ca. 80 km von der bayerischen Grenze entfernt. In Niederbayern, ja im gesamten Bayern wären wir von einem Unglück in Temelin, aber auch in Mochovce sehr schnell betroffen, wenn der Wind richtig weht. Und, Frau Kollegin Merkel, wenn der Wind in die andere Richtung weht, wären Sie in Sachsen betroffen.

(Siegfried Homung [CDU/CSU]: Das ist die falsche Argumentation!)

– Sie haben von Tschernobyl nichts gelernt! In einem zusammenwachsenden Europa muß erreicht werden, daß man Einwände auch über Staatsgrenzen hinweg vornehmen kann. An dieser Stelle hätte ich zumindest Beifall von der CSU erwartet, denn ich habe gerade Ministerpräsident Stoiber zitiert.

Im Falle von Temelin möchte ich auf das Regierungsabkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamer Interessen im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz hinweisen. Nach Art. 3 dieses Abkommens sind für geplante grenznahe Anlagen geeignete Unterlagen und Informationen so rechtzeitig vorzulegen, daß etwaige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Im dazugehörigen Notenwechsel wird das Atomkraftwerk Temelin als grenznahe Anlage behandelt.

Nun zur Frage der **Sicherheit:** Frau Kollegin Merkel, Sie haben anscheinend enormes Zutrauen zum Überprüfungsvermögen der deutschen **Banken**, überhaupt der Banken. Soviel ich weiß, beschäftigen die sich mit Geld,

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Siehe Schneider!)

und da fällt mir, Herr Kollege Fischer, in der Tat der Name Schneider ein. Nicht einmal auf dem Gebiet des Geldes, von dem sie etwas verstehen sollten, können sie richtig prüfen. Aber bei der Kernenergie trauen Sie ihnen das zu!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS DIE GRÜNEN)

Die Fachleute, von denen Sie sprechen, werden halt die Fachleute der Bayernwerke und der EdF sein. Zu denen habe ich auch kein großes Zutrauen.

Im Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 10. August 1994 heißt es u. a. – ich zitiere –: „Etwa ab dem Jahre 1980 werden die Anlagen der dritten Generation gebaut, die eine ähnliche Auslegung wie im Westen haben, aber immer noch Sicherheitsdefizite aufweisen. Es handelt sich um die **Druckwasserreaktoren vom Typ WWER 1000.**“

Falsche Argumente, Frau Merkel? Sie stammen aus Ihrem Hause.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Kubatschka, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ortleb?

**Horst Kubatschka (SPD):** Natürlich.

**Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.):** Herr Kubatschka, ich habe eine Frage. Sie haben die Lehrlinge eindeutig bei der Atomlobby ausgemacht und die Meister offenbar auch nicht bei den Experten. Soll ich das anerkannten Kernphysikern ausrichten?

**Horst Kubatschka (SPD):** Weil wir in Bildern sprechen – wir Altbayern lieben das –: Unter „Meister“ habe ich verstanden, daß das Meisterstück noch nicht geschafft ist. Oder wollen Sie behaupten, daß das Problem der Endlagerung gelöst ist? Weltweit ist nichts auf diesem Gebiet gelöst. Also: Das Meisterstück fehlt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Horst Kubatschka**

(A) Ein zweites Argument, das Sie sich vielleicht zu eigen machen könnten: Wir haben immer ein **Restrisiko**. Ich muß sagen: Dieses Restrisiko ist immer noch zu groß. Es wird auch nicht mit dem Popanz der Option und der Behauptung, es handele sich um noch sicherere Kernkraftwerke, beseitigt. Wir können es uns nicht leisten, mit diesem Restrisiko, mit den enormen Auswirkungen, die wir in Tschernobyl gesehen haben, zu leben. Deswegen sage ich: Der Meister hat sein Meisterstück noch nicht abgeliefert. Er wird das Problem auch nicht lösen. Das Problem der Endlagerung werden wir einmal lösen, aber das Restrisiko wird für uns immer bleiben. Ich möchte dies der Bevölkerung nicht zumuten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Deswegen sind Sie generell gegen die Kernenergie?)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

**Horst Kubatschka (SPD):** Natürlich.

**Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.):** Ist es also richtig, daß es, nachdem wir überall die Lehrlinge haben, nur einen Meister gibt, nämlich Sie?

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wir nehmen Sie zum Nebenmeister!)

(B) **Horst Kubatschka (SPD):** Ich weiß – ich bin ja auch naturwissenschaftlich-technisch ausgebildet –, daß es immer Unsicherheiten gibt. Ich würde nie von mir sagen, daß ich ein Meister werde, und wenn ich noch so alt würde und noch so dicke Bücher geschrieben hätte. In dieser Beziehung halte ich es letzten Endes mit Faust. Bitte unterstellen Sie mir nichts, was ich nicht gesagt habe.

Wir haben leider noch keinen Meister. Sie sind es nicht; Sie sind vielleicht, wie es mir auf Grund Ihrer Fragen scheint, ein noch schlechterer Lehrling als ich. Aber da könnten Sie ja etwas aufholen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pumuckl und Meister Eder!)

Wie gesagt: Wir haben noch nicht das Meisterstück. Deswegen können wir uns das noch nicht leisten.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Kollege Kubatschka, es gibt noch von zwei Kollegen den Wunsch zu einer Zwischenfrage: von Herrn Kollegen Müller und Herrn Kollegen Grill.

**Michael Müller (Düsseldorf) (SPD):** Herr Kollege Kubatschka, stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, daß man, wenn man das Dokument des Bundestages von 1980 über die künftige Kernenergiepolitik nachliest, feststellt, daß diejenigen, die sich bei den Prognosen hinsichtlich der weiteren Energiepolitik am meisten verschätzt haben, gerade die großen Experten aus

der Kernenergie gewesen sind, u. a. Professor Häfele? (C)

Stimmen Sie mir auch zu, daß im Gegensatz zu dem antiquierten Technikverständnis die Technik keine deterministische Größe ist, sondern eine Frage der Bewertung?

**Horst Kubatschka (SPD):** Herr Kollege Müller, ich stimme Ihnen voll zu. Ich glaube, die Kollegen sollten das nachlesen, damit sie wissen, wo es langgeht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Kollege Grill.

**Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU):** Herr Kollege Kubatschka, würden Sie mir in Ergänzung der Frage von Herrn Kollegen Müller recht geben, daß zu denen, die damals vollkommen falsche Prognosen abgegeben haben, Helmut Schmidt gehörte, dessen Regierung noch ein Energieprogramm von 565 Millionen t SKE für 1985 geplant hatte?

Wie beurteilen Sie die Risikoabwägung des Wissenschaftlers Meyer-Abich, der in der Evangelischen Akademie Tutzing gesagt hat, das Risiko der Kernenergie sei ein örtlich begrenztes, das der CO<sub>2</sub>-Problematik hingegen global und deswegen unherrschbar?

(Zurufe von der SPD)

– Es ist in den Dokumenten niedergelegt. (D)

**Horst Kubatschka (SPD):** Herr Grill, ich beantworte Ihnen die Frage gern, auch wenn Sie sitzen.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Kollege Grill, darf ich Sie bitten, die Antwort stehend entgegenzunehmen.

**Horst Kubatschka (SPD):** Ich schätze den Kollegen Meyer-Abich sehr. Ich habe mit ihm in der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ zusammengearbeitet. Sie zitieren hier einfach falsch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege, wenn Sie es wollen, kann ich Ihnen an Hand von Zitaten beweisen, daß die Bibel für Selbstmord ist. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen das beweisen.

(Zuruf von der CDU/CSU: So können Sie es nicht machen!)

– Natürlich, so wird hier nämlich argumentiert. – In der Bibel heißt es an einer Stelle: Judas ging weg und erhängte sich. Und Christus hat einmal gesagt: Tue desgleichen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Horst Kubatschka**

- (A) Wenn Sie Zitate, so wie Sie das gerade getan haben, einfach aneinanderreihen, dann können Sie jeden widerlegen, und das machen Sie mit Herrn Meyer-Abich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Nun noch kurz zu der von Ihnen erwähnten Einschätzung der Regierung Schmidt: Natürlich, bei der Abgabe von **Prognosen** werden Fehler gemacht, und die Politiker müssen sich leider auch auf Prognosen der Fachleute der EVUs verlassen. Ich verlasse mich darauf allerdings nur sehr wenig. Anfang der 80er Jahre hat man daran vielleicht noch mehr geglaubt. Ich jedenfalls habe diesen Glauben inzwischen völlig abgelegt. Ich glaube einem Gutachten, einer Prognose erst dann, wenn ich weiß, wer die Prognose, das Gutachten bezahlt hat, und dann lese ich es mit viel Genuß.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Abg. Michael Müller [Düsseldorf] [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Sie möchten diese Zwischenfrage wahrscheinlich noch gestatten?

**Horst Kubatschka (SPD):** Ja.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Dann ist das aber die letzte Frage; sonst machen wir hier eine Fragestunde. – Herr Müller, wollen Sie Ihre Frage jetzt noch stellen?

(B)

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Nein, ich verzichte! Herr Grill ist es nicht wert!)

**Horst Kubatschka (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch kurz etwas über den Reaktortyp WWER 400/213 sagen. In der am Anfang zitierten Studie heißt es dazu:

Die Reaktoren vom Typ WWER 400/213 sind gegenüber den Vorläufern konzeptionell verbessert worden, besitzen aber noch zahlreiche Mängel.

Frau Kollegin Merkel, ein falsches Argument aus Ihrem Haus? – Ich glaube, nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in beiden Fällen haben wir es mit Technikzwittern zu tun. Es ist fraglich, ob die Technik in Temelin mit der Westinghouse-Technik so verbunden werden kann, daß eine höhere Sicherheit gewährleistet wird. Deswegen kommt die „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. Februar 1994 zu der Erkenntnis: „Nach US-Recht nicht genehmigungsfähig“. Ein tschechischer Reaktorsicherheitsexperte aus Budweis sagt: „Die Umrüstung ist Neuland. Temelin ist ein Versuch.“

Die westlichen und die östlichen **Sicherheitskonzepte** unterscheiden sich grundsätzlich. Die Beherrschung von Störfällen bei Atomkraftwerken sowjetischer Bauart wurde vernachlässigt. Man setzte im wesentlichen auf robuste Auslegung der Anlagen und auf das Ausbildungsniveau des Bedienungspersonals.

Die westliche Sicherheitsphilosophie war und ist eine andere. Auch das spricht gegen diese Technikzwitter. Wesentlich sinnvoller wäre es, das Geld für Energiesparmaßnahmen, für die Umrüstung von Braunkohlekraftwerken und die Förderung umweltverträglicher Energien auszugeben.

(C)

Der „Bayernkurier“ – und so etwas liest man gelegentlich

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Wöchentlich sollten Sie ihn lesen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

– das tue ich mir nicht an, Herr Kollege. Aber jetzt hören Sie einmal ein Argument, das Sie vom „Bayernkurier“ leider nicht übernommen haben – weist in seiner Ausgabe vom 25. Februar 1994 darauf hin, daß das Vorhaben in Temelin nur deshalb in Angriff genommen wird, weil sich der US-Atomlobby damit ein milliardenschwerer **Markt in Mittel- und Osteuropa** öffnet. Auf diese Argumente müßten Sie doch eigentlich hören und sie nicht nur nachlesen und nachbeten, wenn es in Ihr Credo paßt, sondern auch handeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es geht also um einen milliardenschweren Markt in Mittel- und Osteuropa. Die Kernenergie soll wieder salonfähig werden – und wenn es auch nur über diesen Umweg geschieht.

Die Taktik der Energieversorgungsunternehmen, Kernenergieerzeugung auszulagern, weil neue Kraftwerke bei uns nicht durchsetzbar sind,

(D)

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: So ist es!)

gewinnt hier reale Gestalt. Manche nennen das „Kernenergie-Kolonialismus“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, langfristige Hilfe für die mittel- und osteuropäischen Staaten ist nur durch eine Trendwende in der Energiepolitik möglich, die die verhängnisvolle Kette der nuklearen Energieerzeugung durchbricht.

Mit diesen Großanlagen verbauen sich diese beiden Länder, also die Republik Tschechien und die Slowakische Republik, ihren Weg in die Energiezukunft. Denn die Zukunft der Energie heißt erneuerbare Energie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Untersuchungen der Klima-Enquete-Kommission haben ergeben, daß Ausstiegsländer beim Einsatz erneuerbarer Energien bedeutend höhere Anstrengungen unternehmen. Das also ist die industrielle Zukunft, die sich die Länder damit verbauen.

Nun ein Blick nach **Bayern**. Die Erfahrungen von Tschernobyl wirken noch. Damals betrug die Entfernung über tausend Kilometer. Jetzt sind es noch achtzig. Tschernobyl hat uns gelehrt: Ein Unglück in Temelin würde auch unsere Heimat gefährden. Dagegen wehrt sich die Bevölkerung. Selbst in Bayern gibt es dann neue Koalitionen, nämlich schwarz-



**Horst Kubatschka**

- (A) grün. Der Antrag der GRÜNEN wird mit dem Brief eines CSU-Landrats begründet. Wahrlich, das sind neue Begründungen! Bloß kommen sie bei der CSU nicht an.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch unser Antrag deckt sich teilweise mit den Einlassungen des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber. Auch wir sind für öffentliche Anhörungen. Die Belange der Nachbarn müssen berücksichtigt werden. Man sieht: Die CSU ist lernfähig. Bei der Anhörung zur Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf wollten Sie die Österreicher nicht einmal einreisen lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie können jetzt beweisen, ob Sie Ihrem Ministerpräsidenten folgen. Ein gemeinsamer Antrag von SPD, GRÜNEN und CSU, erarbeitet in den Ausschüssen, wäre eine gute Lösung. Die CDU würde sich dem sicher anschließen, und die F.D.P. muß ohnehin alles mitmachen.

Ich bin gespannt, ob die CSU den Mund nur spitzt oder ob sie auch pfeift. Aber ich muß sagen: Im Plenum durften Sie ja nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) In Niederbayern die große Lippe riskieren, Revolutionen ausrufen, aber im Plenum schweigen: Anscheinend werden die Argumente nicht bis München getragen, oder da wirken sie noch beim Ministerpräsidenten. Auf der Reise von München nach Bonn, liebe Kollegen von der CSU, vergessen Sie die ganzen Argumente.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Schluß, etwas weniger ernst, schlage ich vor, wie auf der Krim zu verfahren. Dort wurde, wie vor zwei Tagen gemeldet, ein ehemaliges Atomkraftwerk zu einer Wodkafabrik umgerüstet. Für Budweis bietet sich natürlich Bier an.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören und für die lebhaften Zwischenfragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Das Wort hat jetzt die Kollegin Ursula Schönberger.

**Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Merkel, Sie haben auf Lubmin bei Greifswald hingewiesen. Damals hat man auf die Nachrüstung russischer Reaktoren mit westlicher Steuerungstechnik verzichtet, auch aus Sicherheitsgründen. Spielen Sie das doch nicht herunter! Es war eine vernünftige Entscheidung der Bundesregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt soll genau dieses Experiment in Mochovce in der Slowakei durchgeführt werden. Finanziert werden soll dieses Projekt, das mehr als 1,3 Milliarden DM kosten würde, über eine EURATOM-Anleihe und über einen **Kredit der Europäischen Entwicklungsbank**. Um diesen Kredit geht es hier.

Hier in der Bundesrepublik können Sie neue Atomkraftwerke nicht mehr gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen. Denn die Menschen hier sind nicht mehr bereit, das Risiko der Atomenergie zu tragen. Allen anderen Bekundungen zum Trotz ist auch die Energiewirtschaft längst nicht mehr bereit, in neue Atomkraftwerke zu investieren, zumindest dann nicht, wenn sie den Neubau selbst bezahlen muß und nicht vom Staat subventioniert bekommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dann ist es ja auch kein Wunder, wenn die Reaktorbaubauindustrie – sprich: Siemens – in Deutschland für sich keine Perspektive sieht. Herr Hüttel von der Firma Siemens hat das jedenfalls am letzten Dienstag bei der Wintertagung des Deutschen Atomforums ziemlich eindeutig so gesehen und beklagt.

Verstehen kann ich es natürlich schon, daß man, wenn man in dieser Situation ist, nach **neuen Märkten** greift. Aber verantwortbar ist es nicht.

Da soll ein altes Kraftwerk russischer Bauart – dessen Materialien schlecht und verrostet sind, das keine zweite Sicherheitshülle hat, das nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert ist, obwohl nebenan ein Militärflughafen ist, das in einer Erdbebenzone steht, ohne erdbebensicher zu sein, und und – über einen Kredit der Europäischen Entwicklungsbank mit Steuerungssystemen ausgestattet werden, u. a. von Siemens.

Das ist schon schlimm genug, Frau Merkel. Aber die Vorstellungen, wie die **Refinanzierung** erfolgen soll, ist dann absolut skrupellos. Die Kredite sollen über Stromlieferungen an den Westen abbezahlt werden. Ein Gutteil des Stroms, der in Mochovce produziert wird, dient gar nicht der Stromversorgung der Slowakei, sondern wird in den Westen, auch in die Bundesrepublik, geliefert. Stromlieferungen zu Dumpingpreisen, Strom, für den der Westen gerade einmal halb so viel bezahlt, wie er hier für die Produktion des Stroms selbst aufwenden müßte. Da können Sie doch nicht sagen: „Wir machen nicht die Energiepolitik in der Slowakei.“ Genau damit machen wir sie. Ich fordere Sie auf: Machen Sie bei diesem skrupellosen Geschäft nicht mit, das die Slowakei zu unserer Atomstromkolonie macht!

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der Gründungscharta der Europäischen Entwicklungsbank, die diesen Kredit geben soll, steht, daß sie eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung im Osten fördern soll. Deswegen fordern wir die Bundesregierung auf: Weisen Sie den deutschen Direktor in der Entwicklungsbank an, gegen den Kredit für Mochovce zu stimmen! Sie kön-

**Ursula Schönberger**

- (A) nen das tun. Ob der Kredit bewilligt wird, hängt doch nicht zuletzt davon ab, ob sich Deutschland ebenso wie Österreich und die USA gegen diesen Kredit ausspricht.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, auch Sie haben zu diesem Thema einen Antrag vorgelegt. Sie fordern eine Anhörung. Das ist nicht abzulehnen. Aber wir meinen, hier geht es nicht um Anhörungen, hier geht es nicht um fehlendes Wissen. Das Wissen ist da, die Fakten liegen auf der Hand. Es geht um die Bereitschaft, von den ganz klaren und offenen Alternativen die richtige zu unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, die Alternative ist nicht Mochovce oder Bohunice, die Alternative heißt doch: **Energieeinsparpotentiale** nutzen. Die Energieeinsparpotentiale in der Slowakei sind enorm. Geben Sie Investitionshilfen doch dafür! Geben Sie doch Investitionshilfen für die Nutzung umweltverträglicherer und im übrigen auch kostengünstigerer Energieversorgung in der Slowakei!

(Birgit Homburger [F.D.P.]: Dann geht das Kraftwerk ohne Nachbesserung ans Netz! Ist das besser?)

Die Slowakei wird nicht in der Lage sein, dieses Kraftwerk aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Dazu braucht sie diesen Kredit. Wenn er nicht dafür, sondern für andere Investitionen gegeben wird, dann wird sie dieses Kraftwerk nicht in Betrieb nehmen.

- (B) Noch etwas zu Bohunice. Es gibt keinen festen Vertrag, das Bohunice abgeschaltet wird, wenn Mochovce ans Netz geht. Ich möchte Sie hören, wenn im Jahr 2000 Bohunice weiterläuft. Sie rechtfertigen das dann auch noch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns nicht das wiederholen, was in der Entwicklungspolitik lange genug gemacht worden ist: aus ökonomischem Eigennutz anderen Ländern die Zukunft verbauen, in diesem Fall der Slowakei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 13/106, 13/309 und 13/310 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus**

– Drucksache 12/7895 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus (federführend)  
Ausschuß für Wirtschaft  
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Ausschuß für Gesundheit  
Ausschuß für Verkehr  
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau  
Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union

(C)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster spricht Staatssekretär Kolb.

**Dr. Heinrich L. Kolb,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, daß der Deutsche Bundestag heute erneut eine tourismuspolitische Debatte führt, unterstreicht die Bedeutung, die dem Tourismus und dem Fremdenverkehr in Deutschland zu Recht beigemessen wird. Der **Tourismus** mit seinen 2 Millionen Beschäftigten und einem Anteil von mehr als 5 % an der Wertschöpfung unseres Landes hat sich auch in der jüngsten wirtschaftlichen Schwächeperiode als stabiler **Wirtschaftsfaktor** erwiesen. Auch hat der Tourismus die Talsohle der hinter uns liegenden Rezession insgesamt gut überstanden.

Die Bundesregierung hat mit dem Ihnen vorliegenden Bericht über die Entwicklung des Tourismus eine umfassende Bestandsaufnahme der deutschen Tourismuswirtschaft erstellt und die Ziele und Schwerpunkte ihrer **Tourismuspolitik** formuliert. Sie lauten: erstens Sicherung der für eine kontinuierliche Entwicklung der Tourismuswirtschaft erforderlichen Rahmenbedingungen, zweitens Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft, drittens Verbesserung der Möglichkeiten für die Teilnahme breiter Bevölkerungsschichten am Tourismus und viertens Erhaltung von Umwelt, Natur und Landschaft als Grundlage des Fremdenverkehrs.

(D)

Der Bericht beschreibt die zur Erreichung dieser Ziele erforderlichen **Maßnahmen**. Lassen Sie mich einige Punkte davon herausstellen: Naturressourcen und Kulturgüter sind die wichtigsten und nur begrenzt reproduzierbaren Grundlagen für touristische Angebote. Dabei gilt es, einen Ausgleich der Interessen von Ökologie und Ökonomie zu schaffen, wobei es im wohlverstandenen Interesse der Tourismuswirtschaft selbst liegt, diese Grundlagen langfristig zu sichern. Das Bundeswirtschaftsministerium wird, zusammen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, einen Bundeswettbewerb für umweltfreundliche Fremdenverkehrsorte ausloben, welcher 1996 erstmals durchgeführt werden soll.

In den **neuen Bundesländern** hat die in kürzester Zeit vollzogene Umgestaltung eines planwirtschaftlichen Zuteilungstourismus in einen marktwirtschaftlich orientierten Fremdenverkehr die Basis für einen tourismuswirtschaftlichen Aufschwung geschaffen.

**Parl. Staatssekretär Dr. Heinrich Kolb**

- (A) Es wurden unternehmerische Energien freigesetzt, die teilweise zu zweistelligen Zuwachsraten in diesem Bereich führten. Der verbreitete Mangel an Eigenkapital bei den Existenzgründern in den neuen Ländern und der damit verbundene Liquiditätsengpaß im investiven Bereich, aber auch der Mangel an unternehmerischen Erfahrungen konnten durch umfangreiche Förderprogramme von Bund und Ländern gemildert werden. Die Bundesregierung wird diese erfolgreichen Maßnahmen fortsetzen, damit die vorhandenen Wachstumspotentiale in ihrer ganzen Breite ausgeschöpft werden können.

Meine Damen und Herren, was die Entwicklung des Reiseverkehrs aus dem Ausland nach Deutschland anbelangt, gibt es nichts zu beschönigen. Der **Incoming-Tourismus** ist in den letzten drei Jahren spürbar zurückgegangen. Die Gründe hierfür sind sicherlich vielschichtiger Natur. So mag die derzeit starke Bewertung der D-Mark als Folge der erfolgreichen Stabilitätspolitik der Bundesregierung einen Urlaub im Vergleich zu anderen europäischen Ländern teuer erscheinen lassen. Aber es stellt sich auch die Frage nach der Attraktivität Deutschlands als nationales und internationales Urlaubsziel, nach der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Angebots im internationalen Vergleich. Ich sage ganz deutlich: Hier ist in erster Linie die deutsche Fremdenverkehrswirtschaft gefordert. Sie muß die Ursachen dieser Entwicklung analysieren und ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit steigern.

- (B) Die **Deutsche Zentrale für Tourismus**, die zum weitaus größten Teil aus Bundesmitteln finanziert wird, wird ihre Schlagkraft als Instrument des Auslandsmarketings weiter steigern. Die Umstrukturierung der DZT mit den Zielen einer Straffung der Hauptverwaltung und einer Stärkung des operativen Bereichs ist inzwischen weitgehend abgeschlossen.

(Susanne Kastner [SPD]: Lieber Gott! Jetzt geht der Unsinn schon wieder los!)

Eine Anpassung an die veränderten zukünftigen Marketinganforderungen ist erreicht. Das Auslandsmarketing – auch das will ich deutlich sagen – darf aber nicht allein der DZT überlassen werden. Eine stärkere finanzielle Beteiligung der Wirtschaft, speziell der Tourismuswirtschaft, ist unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, Werbung im Ausland, aber auch das Inlandsmarketing für das, wie ich glaube, durchaus attraktive **Reiseland Deutschland** mit seinen reizvollen Landschaften, mit historischen Orten benötigen ein geeignetes Instrumentarium. Hier müssen die vorrangig für den Fremdenverkehr zuständigen Bundesländer, die Regionen und Kommunen zu einem stärkeren gemeinsamen Handeln finden.

Ich denke hier in erster Linie an den dringend notwendigen Aufbau eines einheitlichen, möglichst flächendeckenden und auch vom Ausland her zugänglichen nationalen **Informations- und Reservierungssysteme** für touristische Dienstleistungen, welches einen wichtigen Beitrag zur Absatzsteigerung des deutschen Angebots leisten könnte. Dieses System kann seine Wirkung nur dann erfolgreich entfalten,

wenn es durch begleitende Marketinganstrengungen unterstützt wird. Dann kann es auch gelingen, das weitere Öffnen der Schere der bundesdeutschen **Reisedevisenbilanz** zu stoppen. Sie wissen, wir geben im Ausland 62 Milliarden DM für Reisen aus, während wir in Deutschland gleichzeitig nur 17 Milliarden DM aus dem Ausland vereinnahmen können. (C)

(Susanne Kastner [SPD]: Wie kommt das wohl?)

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsstandort Deutschland unterliegt einem ständigen Strukturwandel. Wir begleiten ihn durch eine aktive Mittelstandspolitik, welche die Innovations- und Leistungsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen stärkt, die Finanzierung von Unternehmenswachstum ermöglicht und damit auch die notwendigen Anpassungsprozesse erleichtert.

Es ist unverkennbar, daß sich auch im Reisemarkt die **Konzentrationstendenzen** verstärkt haben. Diese Entwicklung wird sich sowohl bei den Reisebüros als auch bei den Veranstaltern fortsetzen. Es ist verständlich, daß Verschärfung des Wettbewerbs und Konzentrationstendenzen vor allem den mittelständischen Unternehmen gewisse Sorgen bereiten. Ich bin jedoch der Auffassung, daß mittelständische Unternehmen auf Grund ihrer spezifischen Vorteile auch in Zukunft gute Entwicklungschancen haben werden.

Allerdings verlangt der sich weltweit verschärfende Wettbewerb um den Touristen von der deutschen Tourismuswirtschaft eine Steigerung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Auch in der Reisebranche können durch höhere Flexibilität und durch Anpassung an veränderte Marktstrukturen größenordnungsbedingte Nachteile ausgeglichen werden. (D)

Meine Damen und Herren, solange und soweit sich die Strukturveränderungen im Wettbewerb vollziehen und das geltende Wettbewerbsrecht beachtet wird, besteht für ein Eingreifen des Staates kein Anlaß. Die Bundesregierung kann und darf keine Schutzzäune um überholte Strukturen errichten.

Die Aufhebung der Vertriebsbindung seitens der größeren Reiseveranstalter wird zu mehr Marktwirtschaft führen. Es muß im eigenen Interesse der Reisevermittler liegen, daß wettbewerbsfähige Angebote kleiner und mittlerer Veranstalter auch künftig ihren Weg zum Kunden finden.

Meine Damen und Herren, die **Sicherung des Tourismusstandorts Deutschland** kann nicht allein Aufgabe der Bundesregierung sein. An dieser Aufgabe müssen alle mitwirken: die Länder, die Gemeinden, die Tarifpartner und alle gesellschaftlichen Gruppen. Sie alle müssen den Mut haben, hierbei auch neue Wege zu beschreiten.

Die öffentlichen Gebietskörperschaften sollten überlegen, wo sie sich zugunsten eines stärkeren privatwirtschaftlichen Engagements zurückziehen können. Privatwirtschaftliche, am Gewinn orientierte

**Parl. Staatssekretär Dr. Heinrich L. Kolb**

- (A) Fremdenverkehrsorganisationen sind in puncto Leistungsfähigkeit und Flexibilität den kommunalen Einrichtungen häufig überlegen. Sie kosten auch weniger Steuergelder.

Ein letzter Punkt: In Fragen der europäischen Zusammenarbeit bleibt die Bundesregierung bei ihrem Standpunkt der strikten Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und einer Befürwortung von Gemeinschaftsaktionen in Bereichen, die ein gemeinschaftliches Handeln erfordern. Tourismus lebt aus dem Wettbewerb der Regionen. Für eine **Gemeinschaftskompetenz der Europäischen Union** für Tourismuspolitik besteht aus unserer Sicht nach wie vor kein Bedarf.

Die Änderungen des **Reisevertragsrechts** auf Grund der EG-Pauschalreise-Richtlinie sind bei uns inzwischen gesetzlich geregelt. Ich glaube, insgesamt konnte hierbei ein fairer Interessenausgleich zwischen den berechtigten Verbraucherinteressen und denen der Reiseveranstalter gefunden werden.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Das war ja auch schwierig genug!)

Zusammenfassend stelle ich fest: Die deutsche Tourismuswirtschaft kann sicherlich optimistisch in die Zukunft blicken. Sie muß aber große Anstrengungen unternehmen, um in dem sich weltweit verschärfenden Kampf um den Touristen als Kunden bestehen zu können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

(B)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächste spricht die Kollegin Susanne Kastner.

**Susanne Kastner (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Eine Tourismusdebatte am Freitagmorgen zu Beginn der 13. Legislaturperiode und dann auch noch um 10 Uhr zeigt,

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Was gibt es Schöneres? – Zuruf von der SPD: Es ist 10.30 Uhr!)

daß die Bedeutung, die der Tourismus in den letzten Jahren gewonnen hat, zugenommen hat.

Mir ist klar, daß dies nicht allen Kollegen und Kolleginnen in dem Hohen Hause so bewußt ist. Um so mehr freue ich mich, daß heute doch relativ viele Kollegen und Kolleginnen dieser Debatte zuhören.

Es ist nämlich so, daß die Zahl der **Beschäftigten in der Tourismusbranche** inzwischen bei über 2 Millionen liegt. Sie rangiert damit vor der Beschäftigtenzahl in der Land- und Forstwirtschaft oder der Chemieindustrie. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, daß hier ein sichtbares Zeichen gesetzt wird. Die Tourismusbranche wird dies aufmerksam zur Kenntnis nehmen. Aus diesem Grund will ich zu Beginn einige Grundsätze darlegen.

Es ist so, daß der Bereich Tourismus und Fremdenverkehr unsere Bürgerinnen und Bürger ganz unmittelbar betrifft. Man darf den Fremdenverkehr nicht

allein auf Zahlen reduzieren; denn **Erholung, Entspannung, Freizeitgestaltung und Urlaub** spielen eine der wichtigsten Rollen im Leben der Menschen. Das wird in diesem Hause niemand bestreiten, es sei denn, man stimmt der Vorstellung des Bundeskanzlers vom Freizeitpark Deutschland zu. Aber das werden wir ja wohl nicht tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer rein freien Marktwirtschaft, wie einige Kollegen auch hier im Hause sie propagieren, wird man geneigt sein, die Entwicklung im Fremdenverkehr dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Politisches Ziel für eine dauerhafte Entwicklung des Tourismus ist aber, die Grundbedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu gefährden. Eine attraktive Region und begehrte touristische Ziele können dieses freie Spiel der Kräfte durchaus erfolgreich tragen. Aber eine zukunftsorientierte und damit erfolgreiche Fremdenverkehrspolitik ist mehr als nur die Organisation des Gästebetriebs und die Lenkung des Fremdenverkehrs. Sie muß um ein **Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie** bemüht sein.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

In kaum einem anderen Politikbereich ist der sensible Gestaltungswille so sehr die Grundlage eines erfolgreichen Wirtschaftens. Herr Staatssekretär, ich hätte mir eigentlich gewünscht, daß Sie in Ihrer Einleitungsrede etwas dezidierter darauf eingegangen wären.

(Zuruf von der SPD: Wie immer Fehlansage!)

Der Tourismus handelt mit einem Gut, welches sich nicht beliebig dem Wertewandel in der Gesellschaft unterordnen läßt. Wer dies begriffen hat, wird sich in der Tourismuspolitik von einer rein marktwirtschaftlichen Lehre schnell verabschieden müssen.

(Klaus Lennartz [SPD]: So ist das!)

Der Stellenwert, den wir auch im Deutschen Bundestag dem Tourismus daher einräumen, gestaltet das Bild von Deutschland maßgeblich mit. Es bedarf einer **Gesamtkonzeption** für einen sozial verantwortlichen, umweltverträglichen und langfristig wirtschaftlich tragfähigen Tourismus. Wenn allein Geld und Umsatz im Vordergrund stehen, dann werden die Regionen ihren individuellen Reiz zwangsläufig verlieren; denn mit steigender Reiseintensität sind hohe Umweltbelastungen und oftmals negative Auswirkungen auf die Kultur und das soziale Umfeld der einheimischen Bevölkerung sowie unattraktive Arbeitsbedingungen verbunden. Gerade bei der Erstellung von Ferienzentren und Freizeitparks muß es zu einer Einbindung in die umliegende, oft ökologisch wertvolle Landschaft kommen.

Das Interesse an einer **ausgeglichenen Zielsetzung** im Fremdenverkehr läßt in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit deutlich nach. Das ist ein Fehler. Für uns gibt es deshalb zwei unverrückbare **Eckpunkte:**

(C)

(D)

Susanne Kastner

(A) Erstens. Der Ausgleich mit der Natur ist die Lebensgrundlage für eine ertragreiche Zukunft.

Zweitens. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik beweist sich nicht nur in den sogenannten Schlüsselindustrien.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Der Bereich Tourismus und Fremdenverkehr bildet für viele Regionen eine große Chance, Arbeitslosigkeit abzubauen. Dabei wird aber wie in keinem anderen Industriezweig von den betroffenen Menschen eine hohe Flexibilität verlangt. Auf diese Situation, liebe Kollegen und Kolleginnen, wird mein Kollege Jann-Peter Janssen anschließend genauer eingehen. Lassen Sie mich deshalb zu dem Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus kommen, den wir heute diskutieren.

Ein erschreckendes Defizit zeigt der Bericht der Bundesregierung bei der Risikobereitschaft zur Finanzierung von Tourismuseinrichtungen. Dies gilt in besonderem Maße für **die neuen Bundesländer**. Wir haben am Mittwoch die tourismuspolitischen Haushaltsansätze im Ausschuß diskutiert. Sie wollen, Herr Staatssekretär, vom Wirtschaftsministerium gesteuert, das **Eigenkapitalhilfeprogramm** ersatzlos zum Ende dieses Jahres auslaufen lassen,

(Dr. Peter Struck [SPD]: Das kann doch wohl nicht wahr sein! – Klaus Lennartz [SPD]: Das weiß er noch nicht einmal!)

(B) obwohl Sie wissen, daß durch die verschleppte Privatisierung viele interessierte Investoren aus dem Osten erst in den nächsten Jahren investieren können und dieses Programm gerade dann besonders notwendig ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das führt dann zu einer Entwicklung, die mein Kollege Eberhard Brecht in exakt dieser Ausschußberatung wie folgt beschrieben hat: Die Arbeitgeber kommen aus dem Westen, die Arbeitnehmer aus dem Osten.

Dabei hätte die Bundesregierung bei der Angleichung der Lebensbedingungen in den neuen Ländern an unsere westdeutsche Realität eine einmalige Chance gehabt, nämlich dem Fremdenverkehr eine ihm gebührende Stellung in dem Spannungsfeld zwischen intakter Umwelt und sicheren Arbeitsplätzen zu geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Anke Fuchs [Köln] [SPD]:  
Sehr wahr! Stimmt!)

Daß Ihre **Treuhandpolitik** in dieser Frage völlig falsch war, ist wohl unumstritten. Ihre Devise war die Privatisierung um jeden Preis. Dies hat sich als eklatanter Fehler herausgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Das gibt die Bundesregierung in ihrem Bericht denn auch zu, wenn sie davon spricht – ich zitiere –, „daß die Klärung der Restitutionsansprüche und die Suche nach geeigneten Interessenten sowie die Erarbeitung einheitlicher Standardpunkte einen schnellen Verwertungsprozeß behindert haben“.

(Zurufe von der CDU/CSU: Wir sind doch im Jahre 1995! Das bringt doch nichts!)

Sich dabei mit dem Verkauf von 28 Interhotels oder der erfolgreichen Privatisierung der „Travel“-Hotelkette zu brüsten ist für mich persönlich mehr als mager. Wer sich einmal intensiv mit den Problemen z. B. der Ostseebäder in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt hat – unsere Arbeitsgruppe hat das bei Besuchen gemacht –, mit ihren Problemen, trotz großer Nachfrage ganze Gebäudekomplexe leerstehen zu haben, weil die Eigentumsfrage immer noch nicht geklärt ist, der weiß, wovon ich rede.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat deshalb im Februar 1993 ihre Zielsetzung für eine aktive Tourismuspolitik in den neuen Ländern vorgelegt. Wir wollten ein **langfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm** und eine **ökologische Modernisierung für den Infrastrukturaufbau** durchsetzen, statt Arbeitslosigkeit hinzunehmen. Dieses hätte in den Förderkriterien festgeschrieben werden müssen. Als das wichtigste Instrument haben wir damals die Wiedereinführung der Investitionszuschüsse gefordert, die den Kommunen den nötigen Handlungsspielraum gegeben hätte, umfassende Infrastruktureinrichtungen für den Fremdenverkehr zu schaffen.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung, haben es sich da viel zu leicht gemacht. Sie haben sich an dem Fleiß der Menschen, an ihrem Interesse für die eigene Region und auch an ihrem Stolz versündigt. Hier liegt eine der Ursachen für die Verständnislosigkeit von Ost und West, die wir so oft beklagen. Die Menschen im Osten haben nämlich von der Bundesregierung leidvoll erfahren, daß ihre Heimat allein unter dem Vermarktungsaspekt bewertet wurde.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/  
CSU: Das ist doch nicht wahr!)

Nun reden Sie in Ihrem Bericht davon, daß es Aufgabe wäre, das touristische Angebot insgesamt gegenüber westlichen und internationalen Angeboten konkurrenzfähiger zu machen, und zweitens reden Sie davon, die Marktstellung der ostdeutschen Existenzgründer nach der Phase der Privatisierung zu festigen, und drittens davon, die Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung zu steigern, um damit auch einen Beitrag zur Stabilität der Arbeitsmärkte zu leisten. Wenn man dagegen Ihre mehr als dürftigen Haushaltsansätze bzw. Ihre politischen Entscheidungen hier im Deutschen Bundestag gegen die Stärkung der Inlandskaufkraft sieht, dann kann ich

Susanne Kastner

(A) nur feststellen: Die Botschaft les' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der F.D.P.: Das darf doch nicht wahr sein! – Siegfried Horning [CDU/CSU]: Sie gehen immer an die Kasse der anderen!)

Einen Punkt möchte ich noch ansprechen: Ich begrüße es ausdrücklich, daß die Bundesregierung in ihrem Bericht

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Erst muß es erarbeitet werden!)

– nun lobe ich einmal die Bundesregierung, Herr Feldmann; hören Sie doch einmal zu –

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Das tue ich doch!)

die **Erhaltung von Umwelt, Natur und Landschaft als Grundlage des Tourismus** herausstellt.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Extralob für die Bundesregierung!)

Wir stehen nun einmal gerade im Fremdenverkehr vor dem Dilemma, daß die Erschließung und Nutzung der Natur die Natur selbst zerstören kann. Die **Grenzen der Erschließung** müssen deshalb in der politischen Debatte sehr deutlich formuliert werden. Wir müssen gemeinsam das Bewußtsein dafür stärken, daß im Bereich des Tourismus der Stellenwert der Natur den wirtschaftlichen Zielen vorangestellt wird. Wir alle kennen genügend Beispiele dafür, daß die reinen Wirtschaftsinteressen den Tourismus geschädigt haben, und dafür brauchen wir überhaupt nicht nach Spanien oder Italien zu schauen.

Herr Staatssekretär, nun hätte ich als Leserin Ihres Berichtes erwartet, etwas darüber zu lesen, wie Sie die vorzunehmenden Verschiebungen in der Fremdenverkehrspolitik zugunsten der Umweltverträglichkeit denn umsetzen wollen, welche Schwerpunkt Kriterien die Bundesregierung in dieser Frage überhaupt aufstellt.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Keine!)

Dies müßte sich doch z. B. auch in Ihren Haushaltsansätzen niederschlagen. Sie konnten mir aber bei den ersten Beratungen keine Antwort darauf geben, wie diese von Ihnen so nett formulierten Ziele bei der Mittelvergabe z. B. der Gemeinschaftsaufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung Berücksichtigung finden sollten.

(Beifall bei der SPD)

Das, was wir in Ihrem Bericht unter Punkt III.5 zur Erhaltung von Umwelt, Natur und Landschaft als Grundlage des Tourismus lesen können, ist nun wirklich außerordentlich dünn. Ein allgemeines Bekenntnis kann das beschriebene Spannungsfeld überhaupt nicht auflösen. Die Bundesregierung hat weder den Dreivegekatalysator noch das Bundes-Im-

missionsschutzgesetz allein für den Tourismusstandort Deutschland eingeführt. Das sind Regelungen, die sicher auch dem Fremdenverkehr zugute kommen, weil sie richtig sind.

Gleichzeitig verhindert aber gerade das federführende Wirtschaftsministerium nur allzugerne die Verbesserung von Umweltgesetzen, die dem Fremdenverkehr dienlich wären.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne als Beispiel die Diskussion um pestizidfreies Trinkwasser oder das Bundesnaturschutzgesetz.

Deshalb bleiben wir doch bitte alle auf dem Teppich. Das, was sich in einer Statistik als erfolgreiche Wirtschaftspolitik vermarkten läßt, hat die Bundesregierung auch im Rahmen ihrer Kompetenzen in Fremdenverkehr unterstützt. In dem komplizierten Geflecht der Fremdenverkehrspolitik reicht das aber bei weitem nicht mehr aus.

Sie hätten weitgehende **umweltpolitische Ziele und Standards für die Fremdenverkehrszentren** setzen müssen und die daraus resultierende höhere Belastung der Wirtschaft flankieren müssen. Sie hätten Existenzgründungen mit zukunftsweisenden neuen Tourismusansätzen gesondert fördern müssen und die Koordination – Herr Feldmann, da gebe ich Ihnen recht, das ist auch eine Aufgabe des Wirtschaftsministeriums – zwischen der Fremdenverkehrspolitik in Bund und Ländern intensivieren müssen.

Ich könnte gerade an meinem Fachgebiet, dem Gewässerschutz, diese Diskussion gezielt festmachen. Sie schreiben in Ihrem Bericht, daß die Sanierung der Gewässer ein vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist, und führen weiter aus, was Sie in den alten Bundesländern an Geld investiert haben.

Im Hinblick auf die neuen Länder und die sich in diesem Bereich abzeichnenden enormen Gebührenbelastungen für die Bürger schreiben Sie lediglich – jetzt hören Sie zu –, daß es einer **nationalen Solidaritätsaktion** bedarf. Hier, in der politischen Wirklichkeit des Parlaments, verweigern Sie sich bei allen Gesetzentwürfen gerade diesen nationalen Solidaritätsaktionen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Wasser- und Abwassergebühren z. B. belasten das sehr wasserintensive Hotel- und Gaststättengewerbe in ungeheurem Ausmaß. Wo bleiben da bitte Ihre Solidaritätsaktionen? Allein an diesem Beispiel kann man festmachen, wie der Anspruch dieses Berichts und die Wirklichkeit in der täglichen Praxis vor Ort bei Ihnen auseinanderklaffen.

Für die SPD-Fraktion, die sich im Ausschuß besonders für das barrierefreie Reisen eingesetzt hat, bedanke ich mich für die korrekte Situationsbeschreibung der **Reisemöglichkeiten von Behinderten**. Nur ein bißchen mehr Engagement, Herr Staatssekretär, hätte ich mir auch da gewünscht.

**Susanne Kastner**

(A) Ich muß Ihnen sagen: Viele Kommunen sind da schon viel weiter als die Bundesregierung in ihrem Bericht. Sie könnten hier unterstützend tätig werden, indem Sie z. B. ein Konzept „barrierefreier Urlaub“ in einer Region fördern oder die Sicherstellung des freien Zugangs für mobilitätsbehinderte Menschen zu den in Bundeshand befindlichen Sehenswürdigkeiten, öffentlichen Gebäuden und kulturellen Einrichtungen gewährleisten würden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht, daß der Tourismusbericht der Bundesregierung nicht nur mit in der Zielsetzung auch richtigen Sprechblasen gefüllt wäre. So, wie der Tourismusbericht vor uns liegt – das kann ich Ihnen, Herr Staatssekretär, nicht ersparen –, liest er sich doch eher wie die Bastelanleitung eines Experimentierkastens, und zwar unter dem Motto: Schauen wir mal!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Fremdenverkehrspolitik brauchen wir aber Selbstbewußtsein und ein Bekenntnis zu den schönsten Regionen und Orten in Deutschland und in der Welt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir in der SPD-Fraktion haben unsere Zielsetzung für einen erholsamen, sozial verantwortlichen, umweltverträglichen und marktwirtschaftlich erfolgreichen Tourismus in unseren **tourismuspolitischen Leitlinien** klar formuliert. Sie sind mit den Verantwortlichen und den Betroffenen in den Verbänden abgestimmt. Es wäre gut, wenn die Regierungskoalition darin einmal intensiver lesen würde, damit wir endlich vom Reden zum Handeln kommen.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Tourismus bestehen gute Voraussetzungen, soziale und ökologische Aspekte mit erfolgreichem Unternehmertum zu verbinden und so bei der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft eine Vorbildfunktion einzunehmen.

Das schrieb mein Vorgänger **Carl Ewen** im letzten Jahr. Wir wollen jetzt an die Umsetzung gehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächster hat der Kollege Olderog das Wort.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat der Olderog mit Tourismus zu tun? Der nimmt sonst doch nur fest! – Dr. Rolf Olderog [CDU/CSU]: Er macht alles!)

**Dr. Rolf Olderog** (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bun-

destag hat erneut einen Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus eingerichtet. Wenn wir vielleicht die erste Legislaturperiode des Tourismusausschusses als eine Art Testlauf verstehen konnten, so hat jetzt der Tourismus in Bonn auf dem Felde der Bundespolitik wohl endgültig den Durchbruch geschafft. (C)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion begrüßt die Vorlage des Tourismusberichts der Bundesregierung. Ich möchte ausdrücklich die **Leistungen der Bundesregierung für den Fremdenverkehr** würdigen, insbesondere auch, Herr Staatssekretär, die Leistungen beim Aufbau Ost. Dazu wird noch Stellung genommen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Für uns ist der Bericht eine ausgezeichnete Grundlage für unsere parlamentarische Arbeit und auch für die Fremdenverkehrswirtschaft. Er enthält neben dem Bericht über die Entwicklung und die heutige Situation für viele verschiedene Tourismusbereiche insbesondere auch eine Fülle **konzeptioneller und programmatischer Zielvorgaben** – auch wenn sie nicht so deutlich herausgearbeitet worden sind, wie man sich das vielleicht wünschen könnte.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Zum Beispiel? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich habe mir das alles angestrichen; es sind sehr, sehr viele Stellen.

Ich danke ganz herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums. Bei äußerst knapper personeller Besetzung der Fremdenverkehrsreferate, der Tourismusreferate, wird von ihnen oft Schwerarbeit verlangt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aufopferungsvoller Dienst am Vaterland!)

– Sie, lieber Herr Fischer, haben davon leider keine Ahnung. Deswegen machen Sie so ironische Zwischenrufe.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich fahre nur dann und wann gerne weg!)

Meine Damen und Herren, der Tourismusbericht unterstreicht das Gewicht dieser Branche. Er wird auch in Zukunft die Wachstumsbranche Nummer 1 auf der Welt bleiben.

Ich will die Zahlen über **Wertschöpfungsanteil** und über **Arbeitsplätze** nicht wiederholen. Ich möchte nur darauf hinweisen: Der Anteil des Tourismus an der Wertschöpfung entspricht dem der deutschen Automobilindustrie. Nur, der Tourismus schafft dreimal so viele Arbeitsplätze wie die Automobilindustrie.

Auch die **politische Bedeutung des Tourismus** nimmt zu. Für die Mehrheit der Bürger in den alten Bundesländern hat der Bereich Urlaub, Reisen und

**Dr. Rolf Olderog**

- (A) Freizeit bereits heute eine wichtigere Bedeutung als der Bereich Arbeit und Beruf.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Kollektiver Freizeitpark“!)

Die Werteverchiebung hat Bedeutung für die Politik: Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger gewinnen zunehmend stärker ihre **Wertmaßstäbe für Wohlbe-finden und Lebensqualität aus dem Bereich der Freizeit**. Aus ihm gewinnen sie maßgeblich Erfahrungen und Haltungen auch für ihre Einstellung zu Beruf und Politik. Dazu habe ich bereits in der Haushaltsdebatte am 16. Dezember kurz Stellung nehmen können.

Meine Damen und Herren, wir Tourismuspolitiker vertreten nicht nur die Interessen unserer Wahlkreise. Unsere Verantwortung erfaßt natürlich alle **Bereiche der Tourismuspolitik**, alle Bereiche von Urlaub, Reisen und Freizeit. Ich nenne nur wenige Stichworte: touristischer Aufbau in den neuen Bundesländern, Verbraucherschutz im In- und Ausland, Hilfen für Reisebüros und Reiseveranstalter, angesichts eines dramatischen Konzentrationsprozesses insbesondere für kleine und mittlere Betriebe,

(Susanne Kastner [SPD]: Weil ihr zuwenig tut für die!)

die Bekämpfung der Schattenseiten des Fern-tourismus, insbesondere der Prostitution und Kinderprostitution,

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

- (B) die Förderung von neuen Formen eines umweltfreundlichen Tourismus, die konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der europäischen Tourismuspolitik und schließlich die Förderung von Urlaubsmöglichkeiten – das haben auch Sie angesprochen. Frau Kastner – für Behinderte, kinderreiche Familien und sozial Schwache.

(Susanne Kastner [SPD]: Das hat die SPD auch initiiert!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich jetzt gerne ausführlicher einem Thema zuwenden, das zunehmend an Aktualität gewinnt: Wie können wir die **Angebote für Reisen und Urlaub in Deutschland** international wieder wettbewerbsfähiger machen? Immer mehr Deutsche machen ihren Urlaub im Ausland. Gut zwei Drittel der längeren Reisen gehen über die Grenzen. Das schafft verständlicherweise Probleme.

Das Leistungsbilanzdefizit Deutschlands ist 1994 auf 70 Milliarden DM angestiegen. Mit 50 Milliarden DM schlägt das **Reiseverkehrsdefizit** zu Buche. Deutsche Touristen haben im Ausland 67 Milliarden DM ausgegeben, Ausländer in Deutschland hingegen nur 17 Milliarden DM.

Manche westdeutschen Urlaubsgebiete und touristischen Städte haben bereits 1993 und zum Teil 1994 erneut schmerzliche Einbußen hinnehmen müssen. Mit einer Verlagerung der Touristenströme innerhalb Deutschlands von West nach Ost allein ist das nicht zu erklären.

(C) Daher müssen wir uns sehr rasch folgender Frage zuwenden: Wo liegen die **Schwachpunkte des Fremdenverkehrsangebots in Deutschland**? Deutschland ist doch mit seinen herrlichen Landschaften, mit seinen touristischen Städten und auch mit seinem herausragenden kulturellen Angebot ein attraktives Reise- und Urlaubsland.

Die zentrale Ursache ist diese: Deutschland verkauft sich zu schlecht. Wir sind in weiten Bereichen einfach nicht professionell genug.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Wunder bei diesem Kanzler!)

Immer wieder mangelt es in vielen Bereichen an der gebotenen Kooperation. **Werbung und Marketing** für Urlaub in Deutschland sind den massiven und professionellen Werbekampagnen der großen Reiseveranstalter, wie etwa TUI und NUR, leider eindeutig unterlegen. Häufig fehlt es insbesondere im mittelständischen Bereich an markt- und betriebswirtschaftlichem Denken. Aus- und Fortbildung lassen immer noch zu wünschen übrig.

Was ist zu tun? Damit der Fremdenverkehr im Hochlohnland Deutschland dem internationalen Wettbewerb standhält, muß Deutschland im gastgewerblichen Angebot und in der Infrastruktur Spitze sein. Wir müssen die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und – ich betone – auch der Chefs noch weiter verbessern.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Wie denn?)

(D) Wir müssen in Werbung und Marketing endlich so schlagkräftig, zielgerichtet und intensiv arbeiten, wie uns das die großen Reiseveranstalter seit Jahren schon vorführen.

Wann endlich schafft es die Fremdenverkehrswirtschaft, zu einer zentralen und konzentrierten Dachwerbung für Urlaub in Deutschland zu kommen? Wann endlich schafft es die deutsche Fremdenverkehrswirtschaft, das seit Jahren angekündigte **Projekt eines flächendeckenden Informations- und Reservierungssystems für Deutschland** zu realisieren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Urlaub in Deutschland muß endlich genauso leicht zu buchen sein wie Urlaub im Ausland.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Da muß der Bund ein bißchen mithelfen!)

Wann endlich tritt in Deutschland an die Stelle von Zersplitterung und allzu häufigem Kirchturmsdenken eine Bündelung aller Kräfte, bei allen Beteiligten die notwendige **Kooperation**?

Meine Damen und Herren, das sind ganz überwiegend Aufgaben der Fremdenverkehrswirtschaft. Aber wir Tourismuspolitiker des Bundestages werden alles tun, nicht nur immer wieder eindringlich zu mahnen, sondern auch jede uns mögliche Hilfe zu geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)



(A) **Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Als nächste spricht die Kollegin Saibold.

**Halo Saibold** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir debattieren heute über einen Bericht der Bundesregierung, dessen Grundlage die tourismuspolitischen Zielsetzungen aus dem Jahre 1975 sind. Dies ist ein Indiz dafür, welchen **Stellenwert** die **Tourismuspolitik** innerhalb der Bundesregierung besitzt. Ein weiteres Indiz war ja auch die „engagierte“ Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs. Dabei rangiert der **Wirtschaftsbereich Tourismus** laut Angaben der Bundesregierung inzwischen vor der chemischen Industrie und ist gleichzusetzen mit dem Maschinenbau und der Automobilindustrie.

Es gibt jedoch einen ganz großen Unterschied: Im Gegensatz zu diesen Wirtschaftsbereichen ist der Tourismus abhängig von lebendigen Systemen, d. h. von einer intakten Landschaft und natürlich von Menschen, sei es in Form von Touristinnen und Touristen oder aber auch von den in der Tourismuswirtschaft tätigen Personen. Darüber hinaus ist er von der Kultur und insbesondere auch vom Wohlwollen der einheimischen Bevölkerung abhängig. Dieser speziellen Situation ist auch politisch Rechnung zu tragen, z. B. durch regionale Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen.

Da durch den Tourismus nicht nur eine Steigerung des Bruttosozialprodukts zu erreichen ist, sondern auch viele volkswirtschaftliche und ökologische Schäden entstehen, ist endlich ein neues Tourismuskonzept fällig.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Keine Vorteile ohne Nachteile!)

Als ich nach vier Jahren wieder in den Bundestag gekommen bin

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und F.D.P.)

– danke für den Beifall –, habe ich in den Papieren und Programmen ein Wachstum in bezug auf den grünen Wortschatz feststellen können, und auch viele grüne Ideen sind übernommen worden,

(Dr. Rolf Olderog [CDU/CSU]: Und Fakten!)

was natürlich sehr erfreulich ist.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Wir waren immer Lobbyisten der Umwelt! – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Horst Kubatschka [SPD]: Werden Sie nicht rot bei den Ausführungen!)

Im Gegensatz zu den Regierungsparteien und insbesondere zur F.D.P. sehen wir in dem von uns geforderten umwelt- und sozialverantwortlichen Tourismus nicht nur eine Marktnische, mit der man eine neue Klientel gewinnen kann. Unser Ziel ist es, den gesamten Tourismusbereich unter **ökologisch und**

**sozial verantwortliche Kriterien** zu stellen. Nur wenn dies gelingt, ist es möglich, auch in der Zukunft eine langfristige Sicherheit für den Tourismus zu haben. Ich möchte nämlich gerne, daß auch meine Enkel und Urenkel noch verreisen können, um fremde Kulturen kennenzulernen und in der Natur Erholung und Erbauung zu finden.

(C)

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Das wollen wir doch alle! – Dr. Rolf Olderog [CDU/CSU]: Frau Saibold, das ist weitgehend gemeinsame Auffassung!)

– Ich hoffe ja auch, wir werden hier gut zusammenarbeiten.

Deshalb kann es nicht nur um weitere kurzfristige Umsatzsteigerungen einzelner touristischer Wirtschaftszweige gehen; vielmehr sind endlich ein Umdenken und ein Umhandeln erforderlich.

Angesichts des Ozonlochs und auch der Klimakatastrophe werden wir alle hier im Parlament und außerhalb des Parlaments nicht darum herumkommen, uns zu fragen: Wie weit und vor allen Dingen wie oft müssen bzw. können wir denn noch in den Urlaub fahren oder gar fliegen?

(Dr. Rolf Olderog [CDU/CSU]: Sie wollen doch eine Reise nach Japan machen!)

Gerade der **Trend zu Flugreisen** steigt enorm und wird durch günstigste Angebote angeheizt. Es ist heute billiger, den Urlaub auf den Kanarischen Inseln statt an der Nordsee oder im Bayerischen Wald zu verbringen.

(D)

(Horst Kubatschka [SPD]: Aber bei uns im Bayerischen Wald ist es schöner!)

– Ich fahre auch gerne zu Ihnen.

Millionen von Menschen sind das ganze Jahr unterwegs, legen Tausende von Kilometern zurück, verbrauchen Unmengen an Energie und belasten durch diese Mobilität Klima und Atmosphäre. Dies ist nur möglich, weil die Preise nicht die ökologische Wahrheit ausdrücken.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Politiker der Regierungsparteien beklagen gemeinsam mit den Fremdenverkehrsverbänden den Rückgang der Übernachtungszahlen in der Bundesrepublik. Wenn es jedoch darum geht, die staatliche Subventionierung des Flugverkehrs abzubauen und z. B. endlich einmal eine Kerosinbesteuerung einzuführen,

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Darüber sollten wir reden!)

dann verschließen sie aus Rücksicht auf die Interessen der Fluggesellschaften und der großen Reiseveranstalter beide Ohren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Halo Saibold**

- (A) Wer den Tourismus auch in den nächsten 20 und weiteren Jahren ermöglichen will, der muß heute für eine **ökologische Steuerreform** eintreten.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Keine zusätzlichen Steuern!)

Es ist immer wieder die Rede vom Erhalt des Wirtschaftsstandortes Deutschland; wir haben es ja auch heute gehört. Mit Rücksicht auf alle möglichen Wirtschaftsbereiche wird versucht, die Umweltstandards zu senken sowie Kürzungen im Sozialbereich und auch bei den Einkommen zu erreichen. Auf den Wirtschaftsbereich Tourismus wird dabei allerdings wenig Rücksicht genommen. Die **Lockerungen**, z. B. beim **Abwasserabgabengesetz**, wirken sich auf die Badegewässerqualität von Flüssen und Seen aus und sind über kurz oder lang auch in der Nordsee und der Ostsee bemerkbar. Sie senken dort die Wasserqualität und damit auch die Besucherzahlen. Im Nationalpark Wattenmeer in Schleswig-Holstein wurde einem Unternehmen die Erdölförderung erlaubt, und die Bundeswehr betreibt darin ihre wehrtechnischen Experimente. Neue **Müllverbrennungsanlagen** oder die Ausweitung von **Tieffluggebieten** beeinträchtigen in gravierendem Maße die Attraktivität und die Erholungsmöglichkeiten in ländlichen Regionen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Welchen Einfluß auf den Tourismus das **politische Klima** in unserem Lande hat, wurde besonders deutlich an Hand der rechtsextremen Ausschreitungen.

- (B) Ein Land, in dem Ausländerfeindlichkeit herrscht, bietet wenig Anreiz für Besucher aus anderen Ländern. Der Rückgang z. B. der Zahl der Touristen aus den USA war deutlich spürbar.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Von welchem Land reden Sie denn?)

Da helfen dann auch keine Werbekampagnen mit Neuschwanstein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesen Beispielen will ich verdeutlichen, daß Tourismuspolitik mehr umfassen muß als nur die wirtschaftliche Unterstützung für einzelne Fremdenverkehrsgebiete.

Um die Vernetztheit mit anderen Politikbereichen aufzuzeigen, möchte ich noch ein Beispiel anführen. Etwa die Hälfte der durch Autos verursachten Luftverschmutzung geht auf das Konto des Freizeit- und Urlaubsverkehrs. Ein Großteil dieser Schadstoffemissionen belastet gleichzeitig die Freizeit- und Ferienggebiete nachhaltig. Hier zeigt sich die verkehrte Politik der letzten Jahrzehnte, in denen unter Infrastrukturmaßnahmen immer nur der Ausbau von Straßen und die Förderung des **Individualverkehrs** gesehen wurde.

Gerade in den Urlaubsgebieten, wie z. B. in der ostbayerischen Region, baut die **Bahn** die vorhande-

nen Strecken immer noch weiter rigoros ab, und die Fahrpläne werden vollkommen unattraktiv gestaltet. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dabei sind genau dort neue Chancen für Schiene und Bus vorhanden, die endlich zum Vorteil von allen genutzt werden müssen.

(Dr. Rolf Olderog [CDU/CSU]: Wir haben doch attraktive Modellprojekte!)

– Ich habe es doch gerade erlebt. Durch die Privatisierung geht es bei uns noch stärker in den Keller.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Wo leben Sie?)

Die Ausweisung von weiteren **Nationalparks** in den neuen Bundesländern – ich denke z. B. an den Oderbruch oder an eine vernünftige Ausweitung des Nationalparks Sächsische Schweiz – könnte sehr wohl zu einer guten touristischen Entwicklung beitragen. Der Nationalpark Bayerischer Wald, der heuer sein 25jähriges Jubiläum feiert, kann hier als Musterbeispiel dienen. Auch damals gab es große Probleme bei der Ausweisung, doch mittlerweile hat sich herausgestellt, daß dort das Kunststück gelungen ist, Naturschutz und Tourismus zusammenzubringen. Die gesamte Region weit um den Nationalpark herum hat eine große wirtschaftliche Stärkung erfahren, weil der Nationalpark eine starke Anziehungskraft für Besucher aus allen Teilen der Bundesrepublik und darüber hinaus besitzt.

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Frau Saibold, trotz Auslobung des bayerischen Waldes ist Ihre Redezeit überschritten. (D)

**Halo Saibold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte noch ein Letztes anfügen. Ich möchte darauf hinweisen, daß aus dem vorliegenden Bericht ganz deutlich hervorgeht, daß die Bundesregierung im Bereich Tourismus eine Flickschusterei betreibt. Viele Ministerien engagieren sich konzeptionslos in irgendwelchen Bereichen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich eine vernünftige, ganzheitliche Tourismuskonzeption vorzulegen, die den Weg für eine nachhaltige Entwicklung aufzeigt. Vor allen Dingen brauchen wir eine ständige interministerielle Koordinationsstelle, damit in der weiteren Tourismuspolitik ein roter Faden sichtbar wird und die Aktivitäten der verschiedensten Ebenen bis hin zur EU und zu den Ländern abgestimmt werden.

Wir werden dazu beitragen, daß hier eine vernünftige Entwicklung vorankommt und werden demnächst ein Bündel von Maßnahmen vorlegen. Ich hoffe sehr auf eine gute Zusammenarbeit und Unterstützung in diesem Bereich.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) **Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Herr Kollege Brähmig hat das Wort.

**Klaus Brähmig (CDU/CSU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte zum Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung des Tourismus im geeinten Deutschland ermöglicht eine Zäsur der seit 1990 geleisteten Arbeit. Ich möchte mich in meinem Beitrag auf die Situation in den fünf neuen Bundesländern beschränken, und dieses nicht nur als neutraler Beobachter, liebe Frau Kastner und liebe Frau Saibold, sondern als Verantwortlicher in vielfältigen Funktionen des sächsischen Fremdenverkehrs vor Ort.

Dem Tourismus eilt der immer wieder berechtigt publizierte Ruf voraus, weltweit die Wachstumsbranche Nummer eins zu sein. Bei einem Anteil von nunmehr 6 % an der wirtschaftlichen Wertschöpfung ist dies sicherlich auch richtig. Daher wurde naturgemäß auch bei uns nach der Wende Hoffnung in den Aufbau des Tourismus als Erwerbs-, Entwicklungs- und Wirtschaftsfaktor durch Politiker und Bevölkerung gesetzt. Der **Umbau eines zentralistischen Urlaubssystems** – vom FDGB verwaltet, gelenkt und geleitet – in ein marktwirtschaftlich orientiertes und im internationalen Wettbewerb stehendes System ist nach heutigen Erkenntnissen vollauf gelungen. Es konnte ein gutes Fundament für den Ausbau des Gesundheits-, Städte-, Seminar-, Kongreß-, Erholungs- und Kulturtourismus in den nächsten Jahren geschaffen werden.

(B) Dies zeigen nicht zuletzt Präsentationen bei nationalen und internationalen Messen, Herstellungen von Publikationen, die Infrastrukturentwicklung, wie beispielsweise die Modernisierung von Freibädern, Häusern des Gastes, Fahrrad- und Reitwege, aber auch die Einrichtung von Telefonanschlüssen als Grundvoraussetzung für ein Funktionieren gerade auch des Privatvermietungs- und Ferienwohnungsgeschäftes.

Die Gestaltung von touristischen Produkten, wie die Silberstraße im Freistaat Sachsen, die Klassikerstraße in Thüringen und die Straße der Romanik in Sachsen-Anhalt, können für eine gesunde Strukturentwicklung in diesem Zusammenhang genannt werden. Wir wurden dabei von den jeweiligen westlichen Partnerländern, den entsprechenden touristischen Bundesverbänden sowie selbstverständlich durch das Bundeswirtschaftsministerium großzügig unterstützt. Ich erlaube mir hier, all denen, die daran mitgewirkt haben, ein herzliches Dankeschön auszusprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es wurde dabei nach Möglichkeit darauf geachtet, Fehlentwicklungen zu vermeiden und aus bereits im westlichen Teil Deutschlands gemachten Erfahrungen eine zielgenaue Förderung für Ostdeutschland vorzunehmen. Ich denke, angesichts der Aufbau Stimmung ist uns dies in den neuen Bundesländern weitestgehend gelungen, wovon sich der Ausschuß

Fremdenverkehr und Tourismus in vielen Vorortbesuchen überzeugen konnte. Statistiken im gewerblichen Bereich können diese Aufbauleistung nur unterstreichen.

Sicherlich haben wir nach wie vor gegenüber den Altbundesländern ein niedrigeres Niveau. Die Zahlen aber sprechen für sich: Die Gästeübernachtungen im ersten Halbjahr 1994 sind gegenüber 1993 in Brandenburg um 38 %, in Sachsen-Anhalt um 29 %, in Thüringen um 20 % und in Mecklenburg-Vorpommern um 13 % gestiegen.

Während es leider in den alten Bundesländern in den letzten beiden Jahren Rückgänge bezüglich der Zahl der Gäste und Übernachtungen sowie der **Umsätze in Gastronomie und Handel** gegeben hat, steigen die entsprechenden Zahlen in den neuen Bundesländern stetig an, im Freistaat Sachsen beispielsweise gegenüber 1993 um fast 18 %, wobei die niedrige Ausgangsbasis und die regional großen Unterschiede selbstverständlich nach wie vor berücksichtigt werden müssen.

Frau Saibold, die Sächsische Schweiz ist ein sehr schöner Nationalpark. Allein in der Sächsischen Schweiz liegt die **Fremdenverkehrsintensität** bei sieben Übernachtungen pro Einwohner, im Vergleich dazu in der Landeshauptstadt Dresden bei 2,8.

Zu diesem guten Ergebnis tragen sicherlich auch die ca. 60 Kur- und Bäderorte bei, die sich, zu neuem Leben erweckt, vielerorts zum Revitalisierungsfaktor der Kommunen und Regionen entwickelt haben; so auch in meinem Bundestagswahlkreis.

(D) Meine Damen und Herren, die **Privatisierungen** der Beherbergungseinrichtungen und Reisebüros durch die Treuhandanstalt sind inzwischen fast abgeschlossen. Neue Investitionen in Hotels, Freizeit- und Kulturbereiche sind hinzugekommen und haben neue Arbeitsplätze schaffen können. Das Preis-Leistungs-Verhältnis ordnet sich. Leistungsfähige Tourismusverbände haben sich gebildet. Wie ich aus meinem Heimatland, dem Freistaat Sachsen, berichten kann, sind beispielsweise der sächsische Heilbäderverband, der Landesfremdenverkehrsverband und der sächsische Hotel- und Gaststättenverband anerkannte Partner in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Letzteres wurde von den Teilnehmern der jüngsten DEHOGA-Bundesversammlung in Dresden eindrucksvoll bestätigt.

Die Bemühungen der Bundesregierung durch **mittelstandsfreundliche Instrumentarien** beim Aufbau und weiteren Ausbau des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern sind seit 1990 vielfältig.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Nennen Sie mal eins! – Horst Kubatschka [SPD]: Ein halbes!)

Stellvertretend seien hier nur die Unterstützung durch das Deutsche Seminar für Fremdenverkehr mit seinen Bildungsangeboten, das Projekt „Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft“, die ERP-Kreditprogramme mit einem Kreditvolumen von 4 Mil-

**Klaus Brähmig**

- (A) liarden DM, das Eigenkapitalhilfeprogramm für den Beherbergungsbereich in Höhe von 2 Milliarden DM und für die Verpflegungsbetriebe in Höhe von 1,6 Milliarden DM,

(Horst Kubatschka [SPD]: Das ist für Sie neu?)

der Einsatz der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie Programme aus den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft und Soziales genannt. Diese Hilfe und Unterstützung wird auch weiterhin notwendig sein.

Der Tourismus und die Freizeitwirtschaft sind längst zu einer gesellschaftlichen **Querschnittsaufgabe** geworden. Städtebau, Ver- und Entsorgung, intelligentes Verkehrsmanagement, ökologische Landwirtschaft und Landschaftspflege sowie die daraus entstehenden Synergieeffekte für das mittelständische Handwerk und den Dienstleistungsbereich bringen erhebliche Beschäftigungseffekte weit über den eigentlichen Bereich des Fremdenverkehrs hinaus.

(Zuruf der Abg. Susanne Kastner [SPD])

– Ich denke, da stimmen Sie mir zu, Frau Kastner.

Auch profitiert von einer modernen touristischen Infrastruktur durch die Steigerung der Lebensqualität die einheimische Bevölkerung, was oftmals vergessen wird.

(Susanne Kastner [SPD]: Auch da stimme ich nicht zu!)

- (B) Die Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen. Natürlich gibt es aber noch keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Alle Landkreise und Kommunen in den neuen Bundesländern, die sich ihrer Verantwortung für diesen Wirtschaftszweig bewußt sind, rufe ich auf, auch weiterhin ihren Beitrag zu einer **Stabilisierung und Entwicklung des Tourismus** zu leisten. Tourismus sollte nicht länger nur als Freiwilligkeitsaufgabe angesehen werden, was sicherlich auf Grund der finanziellen Situation gerade bei uns in den neuen Ländern nicht immer leicht sein wird.

(Susanne Kastner [SPD]: Die haben euch hängenlassen!)

Aber der Blick nach Bonn und in die Landeshauptstädte ist die eine Seite der Medaille, alle möglichen Reserven bei den Partnern und Leistungsträgern vor Ort aufzuspüren die andere. Innovative touristische Aktion, Produktgestaltung, Mitteleinsatz im Marketing und im Personalbereich, Einführung von Kommunikationssystemen, flächendeckende Tin-Norm-Erfassung, Kooperation zwischen Fremdenverkehr und Gastgewerbe sowie enge Zusammenarbeit mit den böhmischen und polnischen Nachbarn und über Ressortgrenzen hinweg sind gefragt.

Nicht alle Rahmenbedingungen für Wachstum und Investoren im Bereich des Tourismus der öffentlichen Hand kosten auch gleich Geld, wobei das immer wieder aufkommende Thema „Kreditgewährung durch die Banken“ viel zu kompliziert ist, um hier in wenigen Sätzen abgehandelt zu werden. Durch Phantasie, Durchsetzungsvermögen und klare Entscheidung

der örtlichen und regionalen Verwaltungen kann relativ einfach dazu beigetragen werden, Investitionshemmnisse zu überwinden und Wachstumspotentiale weiterhin auszuschöpfen. (C)

Die eigentliche Arbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird an der Basis geleistet. Es wird allerhöchste Zeit, aus der Phase der vielfältigen Konzeptionen herauszukommen, diese in touristische und ökologische Leitbilder für Fremdenverkehrsregionen nicht nur der neuen Bundesländer zu formulieren und in eine zielgerichtete Umsetzungsphase zu gehen.

(Susanne Kastner [SPD]: Wir haben das schon gemacht!)

So wird der Tourismus seinen Beitrag zum gegenseitigen Verstehen der Menschen im geeinten Deutschland und im zu einenden Europa leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Es spricht der Kollege Feldmann.

(Susanne Kastner [SPD]: Wieso denn jetzt, nach einem Vertreter der Regierungskoalition?)

**Dr. Olaf Feldmann (F.D.P.):** Wasser im Büro, Sonne im Plenum – meine Damen und Herren, was will man mehr!

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während der Bundesgrenzschutz – wie vor 13 Monaten – mein Büro ausräumt, weil wieder einmal Rheinwasser „geflutet“ wird, freue ich mich, daß ich hier im Trockenen, im Plenum des Deutschen Bundestages, den Bericht der Bundesregierung begrüßen darf. (D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie im Urlaub!)

Frau Kastner, das ist ein guter Bericht. Ein Eigenkapitalhilfeprogramm, das Sie angemahnt haben, wird selbstverständlich weiterlaufen.

Ein besonderes Lob verdient das kleine Referat „Fremdenverkehr“ im BMWi. Es hat bei großem Zeitdruck unter zeitgleicher Bearbeitung der Großen Anfrage zum Gastgewerbe einen Kraftakt vollbracht, und das alles auch noch von Berlin aus. Hier ist ein besonderes Lob fällig.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit dem ersten Tourismusbericht 1975 hat die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus enorm zugenommen. 1982, bei meiner Rede zum zweiten Tourismusbericht, konnte die Bundesregierung nicht einmal die Zahlen in bezug auf den Beitrag des Tourismus zum Bruttosozialprodukt schätzen, geschweige denn konkrete Zahlen nennen. Sie hat aber meiner Schätzung von 3% nicht widersprochen. Heute, bei Vorlage dieses Tourismusberichts, haben wir fast 6% Anteil des **Tourismus** am **Bruttosozialprodukt**. Der

**Dr. Olaf Feldmann**

- (A) Tourismus ist wirtschaftlich ein Riese. Weltweit liegt sein Anteil nach WTO-Schätzungen sogar bei fast 10 %. Der Tourismus bleibt trotz wirtschaftlicher Rezession Wachstumsbranche.

Ich darf auf die arbeitsplatzintensive Dienstleistung hinweisen, die dem Tourismus zugrunde liegt. Deswegen hat der Tourismus bei uns einen besonderen Stellenwert. Die Zahl der Beschäftigten liegt höher als im Automobilbau.

Während aber die Industrie aus Kostengründen Produktionsstätten zunehmend ins Ausland verlagert – das sollten sich gerade die Sozialdemokraten merken –, und sei es nur ins nahe Ausland, z. B. nach Frankreich, muß das überwiegend mittelständisch strukturierte Gastgewerbe als ein sehr **arbeitsintensives Dienstleistungsgewerbe** seine Dienste im Hochlohnland Deutschland erbringen. Das Gastgewerbe kann nicht einfach auswandern. Um so höher ist seine Dienstleistung zu bewerten.

(Susanne Kastner [SPD]: Was sagen Sie uns jetzt Neues?)

– Es ist gut, wenn Sie das anerkennen. Sie sollten das bei der Tarif- und Lohnpolitik berücksichtigen.

Frau Kollegin Kastner, so wie Sie begrüßt auch die F.D.P., daß der Zielkatalog der Tourismuspolitik der Bundesregierung um die „Erhaltung von Umwelt, Natur und Landschaft als Grundlage des Tourismus“ erweitert wurde. Eine intakte Umwelt ist das Grundkapital des Fremdenverkehrs.

- (B) (Beifall bei der F.D.P. – Susanne Kastner [SPD]: Aber Papier ist geduldig!)

Frau Saibold, wir wissen schon lange, daß der **Wirtschaftsfaktor Tourismus** und der **Umweltschutz** zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Der Fremdenverkehrsausschuß – lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen – hat sich immer als Lobbyist der Umwelt verstanden.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Als Lobbyist der Umwelt?)

Die F.D.P. begrüßt das Umweltengagement der Reiseveranstalter und vor allem das 40-Punkte-Programm des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes. Dieser DEHOGA-Katalog hat Vorbildfunktion.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]

Nicht Gebote und Verbote, sondern marktwirtschaftliche Anreize fördern das Umweltengagement der Betriebe. Wenn sich, meine Kolleginnen von der Opposition, Umweltschutz auch betriebswirtschaftlich rechnet, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Susanne Kastner [SPD]: Da müßt ihr etwas zulegen!)

Wir freuen uns, daß der Bundeswettbewerb „Umweltfreundliche Fremdenverkehrsorte“ unter der Trägerschaft des DFV nunmehr in Gang kommt. Hierzu hat, Frau Saibold, wiederum der Fremdenverkehrsausschuß mit seiner Anhörung vor einigen Jah-

ren den entscheidenden Anstoß gegeben. Ich stimme mit der Bundesregierung überein, daß die Entwicklung eines **Umweltgütesiegels** in der Verantwortung der Tourismuswirtschaft erfolgen soll. (C)

Zur Umsetzung der **EU-Pauschalreiserichtlinie** in deutsches Recht hat sich der Herr Staatssekretär schon geäußert. Ich begrüße die Feststellung der Bundesregierung, „daß für die nähere Zukunft kein weiterer Regelungsbedarf gesehen wird“.

Erfreulicherweise hat sich inzwischen auch ein Wettbewerb der **Insolvenzversicherer** entwickelt. Die Befürchtung, daß sich ein Monopol bilden könnte, hat sich nicht bestätigt.

(Susanne Kastner [SPD]: Da hat er recht!)

Meine Damen und Herren, wir wollen keine **EU-Tourismuspolitik**. Deswegen begrüßen wir, daß – ich zitiere wieder – „sich die Bundesregierung mit Nachdruck gegen eine spezielle Gemeinschaftskompetenz für den Tourismus“ ausspricht. Der Aussage, daß bei allen Gemeinschaftsaktivitäten auf die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips geachtet werden muß, ist nichts hinzuzufügen.

Im EG-Aktionsplan zur Förderung des Tourismus sind nur die Bemühungen um eine gemeinschaftliche Fremdenverkehrsstatistik, eine Entzerrung der Ferientermine und die gegenseitige Anerkennung der Aus- und Fortbildungszertifikate sinnvoll. Vordringlich ist natürlich eine EU-Steuerharmonisierung.

Abzulehnen ist eine Werbung für Europa in Drittländern. Wir brauchen keine europäische Tourismuszentrale. Erforderlich ist vielmehr eine **europäische Tourismus-Charta**, die gleiche Rechte für EU-Reisende in allen EU-Ländern sichert. (D)

Zu den Rahmenbedingungen des Tourismus gehört auch eine verlässliche **Tourismusstatistik**. Der Bundesregierung ist zuzustimmen, daß – ich zitiere – „die Informationsbasis mangels amtlicher Statistiken höchst unvollkommen“ ist. Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

(Susanne Kastner [SPD]: Das ist doch ein F.D.P.-Ministerium! Was ist denn los?)

Ich kann die Bundesregierung nur bitten, keine Bürokratie zu installieren, aber für eine bessere Zahlengrundlage im Tourismus zu sorgen.

Ich darf zum Schluß anmerken – Frau Präsidentin, ich bedanke mich für den Hochwasser- oder Unterwasserzuschlag, den Sie mir zeitlich gesehen im Augenblick geben –: Wenn heute über die Viertagewoche diskutiert wird, muß auch über ein **flexibles Wochenende** – also entweder Samstag/Sonntag oder Sonntag/Montag – nachgedacht werden. Wir brauchen neben flexiblen Wochenenden auch die Flexibilisierung bei den **Ferienzeiten**, um die Überlastungen während der Hauptferien abzubauen.

(Susanne Kastner [SPD]: Dann macht es doch!)

**Dr. Olaf Feldmann**

(A) – Frau Kastner, vielleicht stimmen Sie mir ja sogar zu. Nur dann, wenn nicht alle zur selben Zeit am selben Ort ihr Freizeitvergnügen suchen, gewinnen alle: Gäste, Mitarbeiter und Umwelt.

(Susanne Kastner [SPD]: Das weiß ich!)

Damit wäre bereits ein wesentliches Ziel der Tourismuspolitik erreicht, nämlich zufriedene Menschen, Gäste und Mitarbeiter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

**Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:** Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wie immer ich es heute morgen bei der Reihenfolge der Redner gemacht hätte – wir können darüber im Ältestenrat sprechen –, es wären stets zwei Redner der Koalition hintereinander an die Reihe gekommen. Es gab eine entsprechende Vereinbarung. Nun sind Sie sechs Minuten später an der Reihe. Der Grund dafür war, es irgendwie auseinanderzuziehen.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Verzeihen Sie mir noch einmal!)

Hier waren zwei Absprachen getroffen worden; deswegen gab es ein Problem.

(Zuruf der Abg. Susanne Kastner [SPD])

– Nun kann er um so besser auf den Redner der Koalition antworten.

(Horst Kubatschka [SPD]: Er hat sehr wenig gebracht!)

(B)

Das Wort hat jetzt der Kollege Jann-Peter Janssen.

**Jann-Peter Janssen** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Herrn Kollegen Dr. Schäuble, zitieren, der im Juni 1994 anlässlich eines tourismuspolitischen Kongresses seiner Partei darauf hinwies, daß es der Tourismusbranche schwerfalle, Fachkräfte zu finden.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: So ist es!)

Er sagte:

Bis zu einem gewissen Grade ist es nachvollziehbar, daß – neben anderen Besonderheiten der Branche – insbesondere

– Herr Feldmann hat es gerade auch angesprochen – die ungünstigen Arbeitszeiten abends und am Wochenende viele zögern läßt, sich in diesem Bereich um eine Arbeitsstelle zu bemühen.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Trotz hoher Arbeitslosigkeit!)

Ich frage mich aber,

– so Dr. Schäuble weiter –

ob es sich unser Land auf Dauer leisten kann, un-bequeme oder unangenehme Arbeiten nurmehr

durch ausländische Arbeitskräfte erledigen zu lassen. (C)

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Recht hat er!)

– Wie recht er hat! Nur, es muß auch besser bezahlt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum – nun will ich Ihnen die Frage beantworten, Herr Kollege von der CDU – werden Stellen in der Tourismusbranche nicht besetzt? Weil die **Arbeitsplätze** in dieser Branche in weitaus größerem Maße, als der Kollege Schäuble es erkannt hat, **unattraktiv** sind.

(Beifall bei der SPD)

Es geht hier nicht nur um ungünstige Arbeitszeiten, nein, es geht hier auch um schlechte Bezahlung.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Wollen Sie arbeiten, wenn andere Ferien haben?)

– Herr Feldmann, entschuldigen Sie bitte, es geht nicht darum, ob ich arbeiten will, wenn andere Ferien haben. Aber das Arbeitsverhältnis muß ein geregeltes sein, und das, was wir hier politisch nicht regeln können, wollen wir über die Tarifvertragsparteien machen.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Denken Sie daran, daß Sie das Gasthaus bezahlen müssen! – Susanne Kastner [SPD]: Jetzt ist der Feldmann auch noch unfair! – Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Erst drängen Sie sich vor, Herr Feldmann, und jetzt sind Sie auch noch unfair! Halten Sie mal den Mund!)

(D)

Es geht hier also nicht allein um schlechte Bezahlung, sondern es geht hier auch um nur **befristete Arbeitsverträge**.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Richtig!)

Es geht weiter darum, daß die **Bezahlung** dieser Arbeitsplätze teilweise unterhalb des in Deutschland üblichen Niveaus liegt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Das ist falsch!)

– Das ist nicht falsch. –

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Natürlich ist es falsch!)

Denn bereits die von der NGG auf Länderebene ausgehandelten Tarife sind bedauerlich niedrig.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Ja!)

Unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen sind zudem oft bereit, diese Tarife noch zu unterschreiten, weil die Aufenthaltsgenehmigung, die vom Arbeitsplatz abhängig ist, die einzige „Bezahlung“ für diese Menschen ist.

(Beifall bei der SPD – Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Und warum geht Daimler dann nach Frankreich?)

**Jann-Peter Janssen**

- (A) – Das kann ich Ihnen anschließend beantworten. Denn ich komme aus der Automobilindustrie, Herr Feldmann, das hat ganz andere Gründe.

(Beifall bei der SPD)

Darum müssen wir darangehen, die Arbeitsplätze in der Fremdenverkehrsbranche arbeitnehmerfreundlicher zu gestalten. Das und nichts anderes ist die Aufgabe der Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die Arbeitsbedingungen im Tourismus nachhaltig verbessern.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]:  
Feierabend um 17 Uhr! – Anke Fuchs [Köln]  
[SPD]: Sie haben keine Ahnung, Herr  
Weng!)

In unserem Fremdenverkehr – Sie haben es soeben schon zweimal gehört – erkennen wir einen Strukturwandel, ja, wir erkennen verstärkt **Konzentrationsprozesse**, und wir erkennen einen verstärkten internationalen, insbesondere europäischen Wettbewerb. Deshalb ist es wichtig, die kleineren und mittleren Unternehmen zu stärken und für sie politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, im wirtschaftlichen **Wettbewerb** zu bestehen. Aber, wie gesagt, dies darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschehen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Halo Sibold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Die Bundesregierung sagt in dem Bericht, den wir heute diskutieren, nichts bzw. nur wenig über vorbeugenden Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und Weiterbildung.

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Das ist doch dumm, was Sie da predigen!)

Die Bundesregierung hat die etwa 750 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Wirtschaftsbereich Tourismus beschäftigt sind, wohl vergessen.

(Vorsitz: Vizepräsident Hans-Ulrich Klose)

Sie geht zumindest ohne erkennbares sozialpolitisches Interesse über sie hinweg.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Sehr traurig!)

Daher wird sich die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Wahlperiode verstärkt dafür einsetzen, der Debatte über die Situation und die Perspektiven der Beschäftigten in der Tourismusbranche einen höheren politischen Stellenwert zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege, gestalten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schauerte?

(Zuruf von der SPD: Das ist die Jungferrede!)

**Jann-Peter Janssen (SPD):** Es ist bei einer Jungferrede nicht üblich, daß dem Redner gleich eine Zwischenfrage gestellt wird. (C)

**Vizepräsident Hans-Ulrich Klose:** Das ist akzeptiert.

**Jann-Peter Janssen (SPD):** Denn die Arbeitsbedingungen und die Ausbildungsmöglichkeiten der Beschäftigten im Tourismussektor müssen verbessert werden. Die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Tourismusbranche muß durch Verbesserungen bei Bezahlung und Arbeitszeitregelung, durch eine Neuordnung der Berufsausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten und durch die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen erhöht werden. Das **soziale Ansehen der Tourismusberufe** muß insgesamt aufgewertet werden.

(Beifall bei der SPD – Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Und wer macht das?)

– Das kann ich Ihnen noch sagen.

Dazu gehören: erstens **sichere Arbeitsplätze** durch die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, z. B. durch Saisonausweitung und durch die Auslegung der Vertragsgestaltung auf die Jahresarbeitszeit; zweitens **attraktive Arbeitsbedingungen** durch die Verbesserung von Entlohnung, von Vertrags- und Arbeitszeitgestaltung durch tarif- oder einzelvertragliche Regelungen, durch Kooperation von mehreren Betrieben sowie durch die Schaffung eines Arbeitsschutzrechts „aus einem Guß“ in einem Arbeitsschutzgesetzbuch, das dem Leitziel der Vorbeugung verpflichtet ist; drittens **Qualifizierung**. (D)

Der Tourismus braucht ein zeitgemäßes Berufsausbildungsangebot mit einer breitangelegten Grundausbildung und mit Spezialisierungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der SPD – Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Was wollen Sie denn verändern? Das ist Dienstleistung, nicht Industrie! Sie sprechen für eine Industriegewerkschaft!)

– Herr Feldmann, darüber brauchen Sie mich nicht zu belehren.

Ein besonderes Anliegen ist die Verbesserung des Arbeitsschutzes.

**Vizepräsident Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege Janssen, um Sie gleich mit den Härten vertraut zu machen: Ihre Redezeit ist deutlich überschritten. Sie müssen zum Schluß kommen.

(Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Bei einer Jungferrede sind wir großzügig!)

**Jann-Peter Janssen (SPD):** Dann komme ich zum Schluß, Herr Präsident.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt vieles zu verbessern. Denn es sind die Frauen und Männer, die im Fremdenverkehr das Bier zapfen, das Essen servieren und für saubere Zimmer sorgen. Sie sind es, die im Fremdenverkehr direkt und unmittelbar

**Jann-Peter Janssen**

- (A) Kontakt zum Kunden – sprich: zum Gast – haben, die für Hotels und Restaurants, für die gesamte Tourismusbranche Werbung machen. Darum habe ich die herzliche Bitte: Lassen Sie uns gemeinsam über die Fraktionen hinweg für den Tourismus noch mehr tun.

Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]

**Vizepräsident Hans-Ulrich Klose:** Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Gerd Müller.

**Dr. Gerd Müller (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Vertreter der CSU möchte ich am Ende der Tourismusdebatte einige Denkanstöße zum Themenbereich Tourismus, Umwelt und Zukunft geben.

(Horst Kubatschka [SPD]: Denkanstöße von der CSU?)

– Ja, hören Sie zu. Sie können von uns einiges lernen.

Die moderne Gesellschaft ist heute gekennzeichnet durch immer mehr Freizeit, steigende Einkommen und hohe Mobilität. Die Tourismusbranche hat sich sprunghaft entwickelt: 130 Millionen Beschäftigte weltweit, allein 2 Millionen in Deutschland. Herr Janssen, als ehemaliger Europaabgeordneter sage ich Ihnen: Nirgendwo in Europa und schon gar nicht in der Welt gibt es mehr an **Arbeitsschutzauflagen** als in Deutschland.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wenn wir Ihren Forderungskatalog umsetzen, dann führt das dazu, daß Ihnen niemand mehr ein Schnitzel und ein Bier servieren wird. Das ist die Folge.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich komme aus dem Allgäu, einer der Toptourismusregionen Deutschlands.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Ein schönes Gebiet! Wunderschön!)

Ich kenne die Entwicklung, und ich kenne die Probleme.

(Anke Fuchs [Köln] [SPD]: Und die Arbeitsbedingungen!)

– Nun hören Sie einmal zu, Frau Fuchs.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [F.D.P.]: Das kann die nicht!)

12 Millionen Einwohner und 12 Millionen Urlaubsgäste kommen dort zusammen. Das schafft Probleme. Ich will hier einige nachdenkliche Dinge ansprechen.

Rund 60% der Urlaubsreisen – das wurde schon gesagt – und 55% der Wochenendausflüge werden mit dem privaten Pkw unternommen. Die Lösung der anstehenden Verkehrsprobleme ist das zentrale Thema.

(Zustimmung bei der SPD)

Hier plädiere ich als jüngerer Vertreter für ein grundlegendes Umdenken und eine **Verlagerung der Verkehrsströme vom Individual- auf den öffentlichen Verkehr**. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich freue mich, daß Sie Beifall klatschen. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies bedeutet nicht, daß ich die Blockadepolitik der GRÜNEN bei dringenden Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen unterstütze.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Von der A 7 von Flensburg bis an die deutsch-österreichische Grenze sind 975 Kilometer fertiggestellt. Die letzten 15 Kilometer werden von den GRÜNEN seit zwanzig Jahren verhindert.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Genauso ist es!)

Die Folge davon ist, daß sich an schönen Wochenenden 35 000 Autos über die Landschaft, durch kleine Dörfer und Ortschaften quälen. Umweltschutz ist bei mir auch Menschenschutz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie der Abg. Susanne Kastner [SPD])

Da würde ich die GRÜNEN gern ins Boot nehmen.

Nun möchte ich eine Botschaft an die **Bahn** schicken. Wenn wir den Umstieg als Ziel vor Augen haben, brauchen wir attraktivere Angebote bei der Bahn. (D)

Wenn Sie in Japan zum Skilaufen fahren, können Sie gar nicht mit dem Auto anreisen. In Deutschland ist es umgekehrt. Wenn Sie von Köln aus zu mir nach Oberstdorf fahren wollen, können Sie so gut wie nicht mit der Bahn hinfahren, weil Sie dreimal umsteigen müssen. Hier muß die Bahn umdenken, hier muß sich dringend etwas ändern.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dr. Olaf Feldmann [F.D.P.]: Dann müssen Sie in den Schwarzwald fahren!)

Herr Feldmann, ich gebe Ihnen recht, wir brauchen eine **Entzerrung der Verkehrsströme**. Sie haben die notwendigen Punkte genannt – ich lasse das jetzt weg –, ich unterstütze das.

Es gibt ermutigende Zeichen. Wir haben etwas gemacht, Kollegin Kastner. Kommen Sie einmal zu mir nach Hause, nach Oberstdorf, nach Hindelang und zu dem Kollegen in Berchtesgaden. Wir haben eine Modellregion autofreier Kur- und Fremdenverkehrs-orte. Das haben Sie bei sich zu Hause noch nicht fertiggebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU — Halo Saibold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dank der GRÜNEN!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema Verkehr möchte ich eine Forderung aufstellen, in der ich auch mit Ihnen von der SPD, zumindest mit einigen Kolleginnen und Kollegen, überein-



**Dr. Gerd Müller**

- (A) stimme. Es geht um den **Flug- und Fernreisetourismus**. Ich gönne jedem seine Flugreise. Aber wir müssen – da denke ich auch an die eigene Fraktion – zur Umsetzung des Prinzips der Kostenwahrheit bei den Verkehrsträgern kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Flugzeugen, im Fernreise- und Luftverkehr, ist dies bisher nicht der Fall.

(Horst Kubatschka [SPD]: Wenn das der Strauß auf seiner Wolke erfährt!)

– Strauß ging, wie ich meine, den falschen Weg. Er hat die Befreiung der Privatlinien von der Mineralölsteuer gefordert. Er wollte eine Gleichstellung. Ich bin der Meinung, wir müssen nicht nur national, sondern international über die Einführung einer **Kerosinsteuer** nachdenken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Wir müssen die Maßstäbe zurechtrücken. Bei einem Vergleich einer Reise einer Familie mit zwei Kindern mit dem Zug über 1 000 Kilometer ab Hamburg und einer Flugreise werden Sie feststellen, daß eine innerdeutsche Urlaubsreise mit der Bahn wesentlich teurer ist, als wenn sie in München oder Hamburg ins Flugzeug steigen und auf die Malediven, Kanaren oder sonstwohin fliegen. Diesen Trend müssen wir stoppen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluß. Wir müssen nicht immer weiter in die Ferne gehen. Entdecken wir Deutschland, entdecken wir den deutschen Markt, den deutschen Touristen im Inland! Hier müßte dem Wirtschaftsministerium etwas mehr einfallen als in der Vergangenheit.

(Horst Kubatschka [SPD]: Jetzt schaut der Staatssekretär wieder ganz traurig!)

Schaffen wir ein besseres Angebot für junge Familien, Senioren und gesundheits- und umweltbewußte Urlauber!

Zusammenfassend fünf Thesen: Erstens: Notwendig ist die Umsetzung des Prinzips der **Kostenwahrheit bei den Verkehrsträgern**, aber auch ein persönliches Umdenken bei jedem selber.

(Horst Kubatschka [SPD]: Ich fahre dauernd mit dem Fahrrad!)

Zweitens. Tourismus – das will ich hier noch einmal deutlich sagen – schafft viele Arbeitsplätze und Wohlstand in Regionen, in denen wir sonst keine Alternative haben. Ich bin gegen eine einseitige Schuldzuweisung. **Tourismus** muß aber **im Einklang mit Mensch und Natur** erfolgen.

Drittens. Wir brauchen, Herr Feldmann, noch bessere **Rahmenbedingungen** gerade für das mittelstän-

dische Gewerbe, ich denke aus europäischer Sicht (C) beispielsweise an die Steuerungleichheiten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Wir alle müssen wachsam sein, auch gegenüber unserer eigenen Bundesregierung, was im EU-Ministerrat passiert. Das **Prinzip der Subsidiarität** muß eingehalten werden. Es dürfen keine neue Macht und Kompetenzen nach Brüssel verlagert werden. Wir sind entschieden dagegen, daß über Brüssel beispielsweise neue Fördertöpfe aufgemacht werden, mit denen die Subventionierung des Tourismus im Süden der Gemeinschaft weiter vorangetrieben wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluß: Wir kennen die Welt. Aber kennen wir Deutschland, unsere Heimat, unsere Kultur, unsere Vielfalt? **Deutschland** muß sich im Inland und im Ausland **professioneller darstellen**. Es bleibt viel zu tun. Gehen wir mutig neue Wege.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Ulrich Klose:** Wir sind am Schluß der Aussprache. Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 12/7895 zu überweisen, zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Gesundheit, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen. (D)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12a bis 12c auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulla Jelpke, Steffen Tippach und der weiteren Abgeordneten der PDS

**Unbefristeter Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden**

– Drucksache 13/211 –

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuß

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Cem Özdemir, Christa Nickels, Amke Dietert-Scheuer, Angelika Beer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden**

– Drucksache 13/217 –

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuß

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose

(A) c) Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

**Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden**

– Drucksache 13/311 –

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuß (federführend)  
Rechtsausschuß

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 13/211, 13/217 und 13/311 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Der Antrag der Fraktion der SPD auf Druck-

sache 13/311 soll zusätzlich dem Rechtsausschuß zur Mitberatung überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe allgemeines Kopfnicken. Dann sind die Überweisungen so beschlossen. (C)

Wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 8. Februar 1995, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 11.36 Uhr)

(B)

(D)

(A)

## Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

## Anlage 1

## Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Austermann, Dietrich	CDU/CSU	27. 01. 95
Bachmaier, Hermann	SPD	27. 01. 95
Beck (Bremen), Marieluise	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	27. 01. 95
Berninger, Matthias	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	27. 01. 95
Beucher, Friedhelm Julius	SPD	27. 01. 95
Börnsen (Ritterhude), Arne	SPD	27. 01. 95
Braun (Auerbach), Rudolf	CDU/CSU	27. 01. 95
Burchardt, Ulla	SPD	27. 01. 95
Ferner, Elke	SPD	27. 01. 95
Formanski, Norbert	SPD	27. 01. 95
Dr. Gerhardt, Wolfgang	F.D.P.	27. 01. 95
Gröbl, Wolfgang	CDU/CSU	27. 01. 95
Großmann, Achim	SPD	27. 01. 95
Dr. Hartenstein, Liesel	SPD	27. 01. 95
Hilsberg, Stephan	SPD	27. 01. 95
(B) Dr. Hirsch, Burkhard	F.D.P.	27. 01. 95
Höfken-Deipenbrock, Ulrike	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	27. 01. 95
Hörsken, Heinz-Adolf	CDU/CSU	27. 01. 95
Junghanns, Ulrich	CDU/CSU	27. 01. 95
Kanther, Manfred	CDU/CSU	27. 01. 95
Knoche, Monika	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	27. 01. 95
Kraus, Rudolf	CDU/CSU	27. 01. 95
Dr. Graf Lambsdorff, Otto	F.D.P.	27. 01. 95
Lengsfeld, Vera	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	27. 01. 95

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Dr. Leonhard, Elke	SPD	27. 01. 95
Neumann (Bramsche), Volker	SPD	27. 01. 95
Onur, Leyla	SPD	27. 01. 95
Poß, Joachim	SPD	27. 01. 95
Dr. Rappe (Hildesheim), Hermann	SPD	27. 01. 95
Rehbock-Zureich, Karin	SPD	27. 01. 95
Dr. Riesenhuber, Heinz	CDU/CSU	27. 01. 95
Scheffler, Siegfried Willy	SPD	27. 01. 95
Schmitz (Baesweiler), Hans Peter	CDU/CSU	27. 01. 95
Schoppe, Waltraud	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	27. 01. 95
Schulz (Leipzig), Gerhard	CDU/CSU	27. 01. 95
Schumann, Ilse	SPD	27. 01. 95
Dr. Stadler, Max	F.D.P.	27. 01. 95
Thiele, Carl-Ludwig	F.D.P.	27. 01. 95
Vergin, Siegfried	SPD	27. 01. 95
Dr. Vollmer, Antje	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	27. 01. 95
Vosen, Josef	SPD	27. 01. 95
Wallow, Hans	SPD	27. 01. 95
Weißgerber, Gunter	SPD	27. 01. 95
Welt, Jochen	SPD	27. 01. 95
Wettig-Danielmeier, Inge	SPD	27. 01. 95

(D)

## Anlage 2

## Amtliche Mitteilung

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 27. Januar 1995 mitgeteilt, daß sie ihren Antrag **Entwurf einer Bioethik-Konvention des Europarates** — Drucksache 13/243 — zurückzieht.

